

KERAMISCHER

VII/Nr. 28 BERLIN 9. Juli 1932

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich: Edwin Nenninger. Verlag: Hermann Grönzel, beide Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C 4 Wilhelm 56 46 und 56 47. Druck: A. Jantaszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND
INDUSTRIEVERBAND
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE
ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

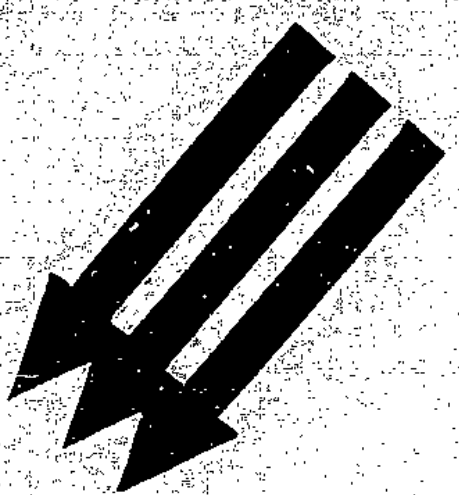
Nach Taten beurteilen!



UNSER GRUSS:

FREIHEIT

Aktivität! Disziplin! Einigkeit!



Symbol des Volkes Freiheit,
Symbol des Volkes Dreiheit,
Ob Kind, ob Frau, ob Mann,
Legt die drei Pfeile an!

Für die Freiheit!

Die Organisation ist in Gefahr! Die Reichstagswahl entscheidet! Wehr dich! Gib dein Freiheitsopfer!



Alle Funktionäre haben Freiheitsopfer. Von 15 und 50 Pfennig.

Bringe dein Freiheitsopfer! Jedes Scherlein zählt! **Gib**

Die neue Reichsregierung sagt in ihrer Erklärung vom 4. Juni, sie mache keine Versprechungen, sie werde handeln, und man solle sie nach ihren Taten beurteilen. Wahrlich, versprochen hat die Reichsregierung nichts, sie hat gehandelt, nun kann sie nach ihren Taten beurteilt werden.

Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 ist eine Tat, und zwar eine folgenschwere Tat gegen das arbeitende Volk, die aber beim besten Willen nicht mit dem Satz in der Regierungserklärung, sie (die Regierung) zögere nicht, „den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlage des Volkes, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land unverzüglich aufzunehmen“, in Einklang zu bringen ist. Uns scheint viel eher, die neue Reichsregierung von Papen-von Schleicher hat mit der Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, der Invaliden-, der Knappschafts-, der Unfall-, der Witwen- und Waisenrenten, der Krisen- und der Wohlfahrtsunterstützung, der Belästigung durch neue Steuern und der Schwächung der Konsumkraft um 1,5 Milliarden Reichsmark die Lebensgrundlage des Volkes und insbesondere der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land erschüttert und nicht zur wirtschaftlichen Gesundung beigetragen.

Ferner dünkt uns aber auch, daß die Notverordnungs-Handlungen des Papen-Schleicher-Kabinetts auch nicht mit anderen Sätzen in der Regierungserklärung übereinstimmen, und wir bezweifeln sehr stark, daß mit derartigen Taten die moralischen Kräfte der Nation gestärkt bzw. daß damit „dem unseligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf in letzter Stunde Einhalt geboten wird“. Im Gegenteil die Taten der Regierung, Erlaß der Notverordnung mit ihrer ungeheuren Massenbelastung und die damit verbundene Notverordnung über die Aufhebung des SA-Verbots, sowie die Notverordnung gegen die Länder, die von sich aus wieder das Uniformtragen der SA. verboten hatten, verstärkten den gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf im höchsten Maße.

Die Taten der Papen-Regierung stehen nicht nur im Widerspruch zu ihren Worten und schließlich auch zu ihrem Willen, sondern sind eine einzige Ungerechtigkeit gegen die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes. Sie stellen eine aufreizende Bevorzugung der Reichen und Wohlhabenden auf Kosten der werktätigen Bevölkerung dar. Dieser legte man die ungeheure Belastung von 1,5 Milliarden auf, die Reichen und Wohlhabenden dagegen wurden nicht in der gleichen Weise zur Abgabe für die Arbeitslosenhilfe herangezogen, man erließ ihnen 100 Millionen bei der Sondervermögenssteuer, gibt ihnen weiterhin aus der Osthilfe und unterstützt sie weiter mit erheblichen Subventionssummen. Erst in der Woche zum 25. Juni gab die Regierung bekannt, daß sie von der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. und von der schwerindustriellen Firma Flick für 100 Millionen Reichsmark Aktien kauft, um sie zu stützen. Sie zahlte sonderlicherweise für die Aktien den doppelten Tageskurs. Auch andere Firmen wurden mit Subventionen bedacht. Darin liegt also eine offenkundige Bevorzugung schwerindustrieller bzw. bergbaulicher Interessenten, ohne daß das Reich eine Gegenleistung dafür bekommt oder verlangt. Aus all den Regierungshandlungen geht hervor, daß diese Regierung und die hinter ihr stehenden Nationalisten den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt für die

Reichen auf Kosten der armen Rentner- und Unterstützungsempfänger zu machen versuchen. Das soll nach der Regierungserklärung zur Stärkung der moralischen Kräfte der Nation führen.

Die Regierung von Hitlers Gnaden ist erst wenige Wochen im Amt, aber ihre Taten muß die werktätige Bevölkerung schon mit Schrecken am eigenen Leibe verspüren. Die Taten aus wenigen Wochen Regierungstätigkeit lassen sich dahin zusammenfassen:

- Massenbelastung im höchsten Maße, Schonung und Bevorzugung der Reichen. Neue und höhere Steuern für die Werktätigen.
- Keine Arbeitsbeschaffung.
- Unterstützung für Großagrarien.
- Unterstützung für Schwerindustrie.
- Entgegenkommen an Hitler.
- Aufhebung des Verbots der SA. und SS.
- Zeitungsverbote.

Dadurch wieder wurden der schärfste Klassenkampf, Verzweiflungstaten in den ärmsten Volksschichten, Hungerdemonstrationen, Mächtig und Brutalitätssteigerungen im Hitler-Lager, blutige Straßenkämpfe, Mord und Totschlag bei politischen Extremen und der wildeste politische Kampfwille im gesamten Volk entfacht. Die Reichstagsauflösung nach dem Wunsche Hitlers und der Wahlkampf tragen ebenfalls zur höchsten Erregung bei. Und wenn Lüge und Verleumdung in diesen Wochen vom Hitler-Lager aus übers Land fluten, so hat die Regierung durch ihre Taten nicht wenig dazu beigetragen, daß die Volksvergiftung und Auf-

wählung diesen Umfang annehmen konnten.

Wenn das der von der Regierung doch mit ihren Taten herbeigeführte „Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands“ ist, dann bleibt der werktätigen Bevölkerung nichts anderes übrig als den aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und zu seinem Gunsten zu entscheiden.

Das arbeitende Volk, dem keine Gelder aus wohlgefühlten Kassenschranken der von der Regierung bevorzugten Schichten zur Verfügung stehen, das auf seine eigene Kraft gestellt ist, muß nun trotz aller Not, Zermürbung und trotz allem Terror den Kampf aufnehmen. Mit Hunger im Leib, mit zerrissenen Schuhen an den Füßen, schäbiger Kleidung und ohne Geld in der Tasche wird das etwas schwieriger sein als bei den bezahlten Hitler-Truppen, aber eifriger Wille und Kampfesmut, vor allem auch innerste Ueberzeugung für eine große, edle Sache, für das werktätige Volk und gegen seine Unterdrücker zu kämpfen, ersetzen viel. Wir hoffen, daß all unsere Gewerkschaftskollegen und -kolleginnen in den Reihen der Eisernen Front ihren Befreiungskampf in den nächsten Wochen in allen Gebieten des Reiches führen werden. Es gilt den Hitler-Terror zu brechen und das Schicksal der Republik zu bestimmen zum Wohle des Arbeitervolkes.

Darum steht zur Eisernen Front! Entscheidet am 31. Juli für die Sozialdemokratische Partei!

Hitler-Faschismus im Anspruch

Der Hitler-Faschismus bedroht die Arbeiterbewegung in allen ihren Richtungen, Gliedern und Zweigen. Schon erhebt er die Faust, alle demokratischen Rechte zu zerschlagen. Das Recht frei zu wählen, politische, gewerkschaftliche, kulturelle Vereinigungen zu bilden, korporativ die gemeinsamen proletarischen Interessen gegen kapitalistische und soziale Reaktion zu verteidigen, zu streiken, in Versammlungen und eigenen Presseorganen zu werben, zu kämpfen, nach der Macht zu streben. Das Zerschlagen dieser Existenzgrundlage der Arbeiterbewegung würde das Proletariat, alle Volksgenossen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen, auf langer Zeit zu fast wehrlosen Objekten kapitalistischer Diktatur machen. Das hat man erkannt. Die sicherste und unfehlbare Waffe, den drohenden Schlag abzuwehren, dem Hitler-Faschismus eine entscheidende Niederlage zu bereiten, ist die proletarische Einheitsfront zwischen den sozialistisch und den kommunistisch eingestellten Organisationen und Gruppen. Solche Ueberzeugung ist Gemeingut der gesamten Arbeiterschaft. Sie will die Einheitsfront.

Die Bedeutung der proletarischen Einheitsfront.

Diese Einheitsfront bedeutet mehr als lediglich Zusammenballung und einheitlicher Einsatz aller umschlossenen Kräfte. Fast wichtiger noch ist die Assimilation der verhängnisvollen Zersplitterung und die Mißkreditierung der Arbeiterbewegung durch den häßlichen, verbitternden, zermürbenden Bruderkampf. In ruhigeren Zeiten ist sachlicher Austrag von Meinungsverschiedenheiten über Weg und Taktik, bei gleichem Zielstreben zur sozialistischen Gesellschaft, förderlich, reift geistig die Mitgliedschaften, stärkt, vertieft die Gesamtbewegung. Den Geisteskampf jedoch durch ewiges Geschimpfe gegen andere Organisationen und ihre Führer zu ersetzen, das ist schändlich und schädlich, macht die ganze Arbeiterbewegung in den Augen der noch Unpolitischen und Halbaufgeklärten verächtlich, wirkt abstoßend. Von solcher Sünde wider proletarisches Interesse lebt die KPD,

deren krankt sie. Nicht der Widerstand der Bourgeoisie, sondern der erbitterte Kampf innerhalb der Arbeiterschaft, verhindert den sozialen Vormarsch der Arbeiterschaft in den Westländern, erklärte der Bolschewik Losowski unter allgemeiner Zustimmung im Zentralrat der russischen Gewerkschaften, 24. September 1920. Er sagte weiter ganz richtig, die Arbeiterschaft könne „ohne oder gegen die Gewerkschaften oder außerhalb derselben nicht siegen“. Werden sie darum von der KPD, als Instrumente des Kapitalismus beschimpft?

Millionen von Volksgenossen, die nach Klarheit, nach Erkenntnis rangen, von Klassengefühl an die Schwelle der Arbeiterbewegung getrieben wurden, machte das KPD-Getöse verwirrt, mißtrauisch, schreckte ab. Sie traten in die Passivität zurück, oder sie ließen sich, wankend gemacht, vom Nazistrom mitreißen. Manche glaubten den Schimpfern, mißtrauten ihnen aber auch wegen ihrer Gehässigkeit und Pöbelhaftigkeit, wurden oder blieben indifferent, wenn sie nicht dem Hakenkreuz nachlaufen wollten. Andere Scharen kamen sogar über den Weg von der KPD, zur Hitler-Armee. Das bezeugen einwandfrei die Ergebnisse der letzten Wahlen. Hitler weiß das zu schätzen. Sehr aufschlußreich ist die Tatsache, daß er die KPD, als politischen Faktor kaum noch in Betracht zieht; die ganze Wut der Nazis richtet sich lediglich gegen SPD, Gewerkschaften und Zentrum. Die jüngsten Wahlen bezeugen aber auch eindeutig: Fest steht die „Eiserne Front!“ Sie wird auch ohne die KPD-Führerschaft, zusammen mit allen Arbeitern, den Kampf bestehen. Das Interesse der Gesamtbewegung erheischt als größte Erfolgssicherheit die Einheitsfront. Sie würde die schon geeinten Kräfte konzentrisch einsetzen, ihre Schlagkraft multiplizieren. Mehr noch: Solcher Einsatz würde auch die wegen der bisherigen Zerrissenheit und des gegenseitigen Kampfes Abgestoßenen, Mißtrauischen, Verzagten, Verärgerten, Wankenden mitreißen, Millionen aus der Hitler-Front zurückholen. Niemand will die Adelsregierung, niemand eine Faschistendiktatur. Vorläufig steht die Wahl

am 31. Juli auf der Tagesordnung. Jedoch: Wann und Wie, für welches unmittelbare Zweckziel die gewaltige Macht eingesetzt wird, darüber entscheidet die gebietende Stunde und Situation.

Voraussetzung der Einheitsfront.

Jeder vernünftige Mensch sieht ein: Einheitsfront ohne ausdrückliche anerkannten und unbedingt respektierten Burgfrieden ist unmöglich. Der gegenseitige Kampf muß während der gemeinsamen Aktion schweigen. Traurig, daß Verzicht auf Schimpf- und Verleumdungsfreiheit von der einen Seite gefordert werden muß. Das gebietet zwingend nicht nur Selbstachtung. Ohne Burgfrieden wäre die Einheitsfront eine Farce, kein Vorteil, sondern ein schwerer Nachteil für die Gesamtarbeiterschaft. Man stelle sich vor, nach Proklamierung der Einheitsfront würde die KPD in der bisherigen Weise ihre Partner aus dem sozialistischen Lager vielleicht noch skrupelloser als Verräter, als Arbeiterfeinde, Betrüger, Agenten der Adelsregierung und des Faschismus beschimpfen. Welch Gaudium für die Gegner! Welch Schauspiel, welche lächerliche Situation! Welch zersetzende, in die Flucht schlagende Wirkung! Die Beschimpften müßten sich gegen den „Einheitsbruder“ wehren. Die Verbündeten, sich gegenseitig bekämpfend, im Anmarsch auf den Feind! Wer sollte da mitmarschieren? Anstatt bisher Indifferente, Halbschiedene, Wankende mitzureißen, machte man sogar eigene Anhänger kampfunfähig.

KPD, verhindert Einheitsfront.

Die „Eiserne Front“, SPD, ADGB, alle sozialistischen Organisationen erklärten sich für Schaffung der Einheitsfront unter der herausgestellten, an sich selbstverständlichen Bedingung gegenseitiger Burgfriedensbereitschaft. Die KPD lehnte ab. Will nicht auf Schimpf- und Verleumdung des eventuellen Partners verzichten. Sie verhindert die Schaffung der Einheitsfront „von oben“ und sie zerschlägt Einheitsfrontkomitees die sich lokal „von unten“ gebildet hätten, wenn sie sich nicht der KPD-Diktatur unterstellen wollen. Man operiert mit Bedingungen, Forderungen, Vorhalten, die Lenin in „Kinderkrankheiten“ als „alter Plunder“, „nationalistische Kleinbürgererei“ als „Kinderrei“ und radikale „Dummheiten“ anprangerte. Wir glauben, Lenin ist für die kommunistisch eingestellten Arbeiter immer noch eine größere Autorität als Thalmann und die „Rote Fahne“. Sie haben mitzuentcheiden, ob die deutsche Arbeiterschaft es versteht, auch gegen den Willen einiger krakehlender Führer die schicksalvolle Situation zu meistern, die deutsche Arbeiterbewegung vor faschistischer Diktatur zu retten, neuen Gestaltens Mitwirker zu sein.

Generalversammlung der Volksfürsorge

Aus vorläufigen Berichten der Volksfürsorge war schon ersichtlich, daß das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen trotz allem dem Ansturm der Krise gewachsen war und seinen Aufstieg, wenn auch stark gehemmt, fortsetzen konnte.

Nach der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung liegt nun das endgültige Ergebnis vor. Der Versicherungsbestand der Volksfürsorge stieg von rund 2185 000 Versicherungen Ende 1930 auf 2261 000 Ende 1931. Durch Einnahme aus Prämien und Kapitalerträgen in Höhe von 63 Millionen Reichsmark stieg das Vermögen auf rund 180 Millionen Reichsmark, wovon — das soll ausdrücklich betont werden — rund 161 Millionen Reichsmark Prämienreserve und aufgezinsten Gewinnanteile Eigentum der Versicherten sind.

Besonderes Interesse beansprucht wieder die von der Generalversammlung beschlossene Verteilung des Uberschusses. Nach Abzug der gesetzlich vorgeschriebenen und sonstigen Reserven und 50 000 Reichsmark für Verzinsung des 2 1/2 Millionen Reichsmark betragenden Aktienkapitals (die Aktien sind nur im Besitz der Gewerkschaften und Genossenschaften) werden die sonstigen Ertrüßungen in Höhe von 11 250 000 Reichsmark den Versicherten als Gewinnanteile gutgeschrieben. Dadurch ist es auch in diesem Jahre möglich, den Versicherten der Volksabteilung 30 % und den Versicherten der Lebensabteilung 35 % der gewinnberechtigten Jahresprämie als Gewinnanteile zu überweisen. Diese Zahlen brauchen wohl nicht kommentiert zu werden.

Die Generalversammlung gab auch Gelegenheit, auf Vorwürfe einzugehen, die in der Öffentlichkeit gegen die Volksfürsorge erhoben worden sind. Sie waren meistens in Zusammenhang mit politischen Gegnern unseres Arbeiterunternehmens und hatten die Lage der Volksfürsorge und die von ihr ausgezahlten Rückkaufsummen zum Gegenstand. Es liegen bei der Volksfürsorge unzählige Beweise über verleumderische Behauptungen vor, so u. a. Anklagen, die von einem kommunistischen Zusammenbruch der Volksfürsorge, von geplanten Verhören, von Unternehmungen von finanziellen Verlusten bei der Kapitalanlage und von Verlusten der Versicherten sprechen. Demgegenüber konnte der Berichterstatter in der Generalversammlung auf den Geschäftsbericht verweisen, der alle diese Gerüchte ad absurdum führt.

Es wird unseren Lesern wohl verständlich sein, daß das von einer Lebensversicherung übernommene Risiko (vor Ablauf der Versicherungsdauer fällige Versicherungsleistungen durch Sterbefälle) von der Gesamtheit der Versicherten getragen werden muß und auch die Verwaltungskosten gedeckt werden müssen. Dieses Prinzip muß selbstverständlich auch die Volksfürsorge anerkennen und anwenden. Die ausgezahlten Rückkaufswerte können deshalb nicht die Höhe der eingezahl-

Kämpfer und Kämpferinnen der Eisernen Front!

Ihr habt seit Jahrzehnten den Kampf für die Einheit und Freiheit Deutschlands geführt. In Ennem Herzen lebte selbst noch in den letzten Jahren der Entehrung und Bitterkeit die Hoffnung auf den sozialen Volksstaat, auf ein neues Deutschland. Ihr habt seine Grundlagen geschaffen. Ihr wolltet es ausbauen zu einer Heimat für alle Deutschen. Statt dessen kam die Not. In allen Ländern der Welt stieg die Flut der Arbeitslosigkeit. In Deutschland fielen Millionen und aber Millionen Hände. Ihr Schicksal ist Armut und Hunger.

Die letzte Notverordnung der getarnten Hitler-Regierung überantwortete die Arbeitslosen der Armenpflege. Selbst den Opfern des Krieges und der Invaliden der Arbeit wurde die kümmerliche Rente gekürzt.

Die letzten Wochen zeigten Euch, was das „Dritte Reich“ bringen wird. Wer nichts besitzt, ist vogelfrei. Wer wenig hat, dem soll auch das Wenige genommen werden. Wer viel hat, dem hilft der Staat. Zugleich mit den neuen Uniformen der SA sind den Arbeitern, Angestellten und Beamten neue Notverordnungsjacken verpaßt worden. Das schaffende Volk in Stadt und Land trägt die graue Uniform des Elends.

Der Preis, den das neue Kabinett für die Tolerierung an Hitler zu zahlen hatte, war die Auflösung des Reichstages, die Aufhebung des eben erlassenen Verbotes der Hitlerischen Privatarmee und die Auslieferung Preußens an die Nationalsozialisten.

Die braune Garde Hitlers marschiert wieder und durchbricht alle Schrauben der Ordnung. Ermöglicht durch die Reichsregierung und auf deren Versprechungen pochend ist die SA zum offenen Kampfe gegen einzelne Landesregierungen angetreten, um sie unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen. So kündigt sich das „Dritte Reich“ an, in dem die Todfeinde des werktätigen Volkes nach ihrer Willkür herrschen wollen, das Deutschland in dem es zweierlei Recht und zwei Nationen gibt: die Nation der Bevorrechteten und die Nation der Hungerlöhner und Almosenempfänger.

Für die arbeitende Masse die Hungerpeitsche!

Für die großen Kapitalisten in Stadt und Land die „Wohlfahrtsunterstützung“ der Subventionen!

Für die Schergen des Kapitals neue Uniformen!

Darin erschöpft sich die Kunst der neuen Regierung, die sich berufen fühlt, Deutschland wirtschaftlich und moralisch wieder aufzurichten.

Die Regierung, die heute das Steuer des Reiches in Händen hält, mißachtet den Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes, die am 13. März und 10. April für Hindenburg stimmte, um Demokratie und Republik zu retten. Sie stützt sich auf die Kräfte, die die Gewalt an ihre Fahnen geschrieben haben und tagtäglich mit kaum zu überbietender Brutalität den Bürgerkrieg schüren.

Wo Gewalt vor Recht geht, gibt es keine Freiheit und keine Sicherheit.

Der Sieg der Gegenrevolution würde Euch wehrlos denen preisgeben, die aus dem Kriege nichts gelernt haben, als auf Volksgenossen zu schießen.

Männer und Frauen der Eisernen Front! Darin darf es nicht kommen.

Deutschland darf nicht der Diktatur einer politisch unfähigen Clique ausgeliefert werden. Es muß verhindert werden, daß sich die SA zum Herrn der Straße macht und den letzten Rest staatsbürgerlicher Freiheit zertrampelt. Der Kampf gegen diese Feinde des Volksstaates und ihre Bürgerkriegsgarden ist Eure geschichtliche Aufgabe. Es ist ein Kampf um Eure Freiheit.

Der 31. Juli ist ein Schicksalstag im Freiheitskampfe des deutschen Volkes.

Männer und Frauen des schaffenden Volkes! Setzt Euch zur Wehr gegen die Verknöchtung, kämpft gegen die vereinten Kräfte der Reaktion!

Schart Euch um das Freiheitsbanner der Eisernen Front!

Schmücket Euch mit den Symbolen des Kampfes! Tragt die drei Pfeile durch die Straßen, in die Betriebe, auf das Land hinaus! Millionenfach brause Euer Freiheitsruf durch Stadt und Land, die Feinde weckend, die Feinde schreckend!

Ihr werdet siegen, wenn Ihr einig seid!

Reichskampfleitung der Eisernen Front

ten Prämien erreichen. Das Vorstandsmitglied Friedrich Lesche konnte aber auch unter Beweis stellen, daß die Volksfürsorge von allen Lebensversicherungsgesellschaften den relativ höchsten Rückkaufswert anzahlt.

Bei der organisierten Arbeiterschaft haben die Vorwürfe unserer Gegner keine Resonanz gefunden; aber die Wirkung auf die unangeklärten Bevölkerungsschichten kann geeignet sein, den Vertrauensleuten der Volksfürsorge die Werbearbeit zu erschweren.

Im Gesellschaftsvertrag der Volksfürsorge wurden durch Beschluß der Generalversammlung verschiedene Änderungen vorgenommen, die sich auf Grund der Änderung des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und

Bausparkassen notwendig machten. Am Charakter des Unternehmens ändern selbstverständlich diese Neuerungen nichts. Von der Generalversammlung wurde auch der gesamte Aufsichtsrat neu gewählt. Als Gewerkschaftsvertreter gehören ihm an: Theodor Leipart, Dr. Ernst Bachem, Ernst Schulze, Karl Thiemig und Otto Wels. Als Vertreter der im Zentralverband deutscher Konsumvereine zusammengeschlossenen Konsumgenossenschaften: Gustav Borgner, Otto Borgner, W. Fischer, Vollrath Klepzig und Ernst Markus.

Der Verlauf und die Beschlüsse der Generalversammlung beweisen wieder die Leistungsfähigkeit der Volksfürsorge und den von ihr beachteten Grundsatz, vornehmlich die Interessen der Versicherten zu vertreten.

Tariffbildung, -überwachung und -durchführung in der Heimarbeit

III.

Neben den Bußverfahren § 37 HAG, ist zur Durchführung von Heimarbeiterlohnstarifen auch das arbeitsgerichtliche Verfahren vorgesehen, §§ 5 und 2 AGG. Im Abschnitt II der Abhandlung ist bereits auf die Einstellung einzelner Arbeitgeber hingewiesen. Sie vertreten die falsche Auffassung, daß der § 37, Abs. 4 HAG, der bekanntlich nur eine Karenzzeit von 4 Wochen des Bußverfahrens vorsieht, auch eine Verjährungsfrist darstelle für alle sonstigen weiter als 4 Wochen zurückliegenden Forderungen der Heimarbeiter aus dem Tarifvertrag. Gegenüber einer solchen Auffassung steht aber fest, daß der Gesetzgeber die in der Hausindustrie beschäftigten Personen den übrigen Arbeitnehmern arbeitsgerichtlich gleichgestellt hat — §§ 5 und 2 AGG. Das Wollen der Gesetzgebung ist in der Regel auch Praxis. Zum mindesten aber da, wo die Heimarbeiter dem Arbeitgeber genug besitzen, daß sie die Forderungen aus dem Tarifvertrag vor dem Arbeitsgericht direkt einklagen.

Eine Ausnahme von der allgemeinen Auffassung hat das Landesarbeitsgericht Dresden bei seiner Entscheidung vom 3. März 1932 gemacht. Es gab der Auffassung der Arbeitgeber recht, die die Hauptpunkte vertrat, daß nach § 37, Abs. 4, der Lohn nur auf vier Wochen zurückzuführen sein könne, für weitgehende Forderungen also Verjährung eingetreten sei. Diesem Urteil des Landesarbeitsgerichtes Dresden muß aus rechtlichen und praktischen Gründen lebhaft widersprochen werden. Das Reichsarbeitsgericht wird das kann verständliche Urteil aufheben müssen und dem vorinstanzlichen Urteil, das der allgemeinen Rechtsauffassung entsprechen hat, Geltung verschaffen müssen.

Aus dem § 37 HAG, kann doch nur entnommen werden, daß der Fachausschuß nach Abs. 1 des § 37 die Zahlung der Minderentlohnung an den Hausarbeiter durch Androhung einer Buße gegen den Unternehmer nur für die Zeit bis zu 4 Wochen seit Bekanntwerden der Minderentlohnung verlangen kann, nicht da-

gegen für Minderleistungen in einer weiter zurückliegenden Zeit. Das heißt doch, daß die Sicherung des Entgeltsanspruchs des Hausarbeiters sich von der Sicherung des Entgeltsanspruchs eines sonstigen Arbeiters nur insoweit unterscheidet als mit Hilfe einer Buße die Nachzahlung der Minderbeträge bis zur Höchstdauer von 4 Wochen jeweils erzwingen werden kann. Der Abs. 4 des § 37 des HAG bezieht sich infolgedessen ausschließlich auf die Befugnisse des Fachausschusses selbst gemäß § 37 Abs. 1 HAG. Es kommt für diesen Fall nur Bußverfahren, nicht Arbeitsgerichtsverfahren in Frage.

Die Bestimmungen berühren im übrigen die Rechtsansprüche der Hausarbeiter gegen ihren Arbeitgeber in gar keiner Weise. Bei Schaffung des Gesetzes hat niemand daran gedacht, die Verjährungsfristen für die Forderung der Hausarbeiter aus dem Tarifvertrag abzukürzen. Ein derart schwerwiegendes Eingriff wäre etwas ganz Außerordentliches gewesen. Es ist bisher kein Fall der Abänderung der Verjährungsfristen des BGB, durch Gesetz bekannt. Die Vierwochenfrist in § 37 Abs. 4 HAG, ist auch nicht als Verjährungsfrist anzusehen. Das bringen auch die Kommentatoren zum Hausarbeitsgesetz in Verbindung mit dem § 37 Abs. 4, übereinstimmend zum Ausdruck. So Rohmer, Rohde und Käthe Gabel. Eine abweichende Meinung vertritt allerdings der verstorbene Melsbach, doch bringt auch er zum Ausdruck, daß seine Auffassung nicht engherzig ausgelegt werden dürfe. Also auch seine Rechtsauffassung kommt ihm bedenklich vor.

Würde der § 37, Abs. 4, eine Verzichtserklärung oder eine Verjährungsfrist zum Ausdruck bringen oder wäre die Vierwochenfrist überhaupt eine Verjährungsfrist, dann würden die Hausarbeiter geradezu gezwungen werden, fortlaufend Verzichtserklärungen abzugeben, die wegen Ablauf dieser Frist vor den Arbeitsgerichtsbehörden auch nicht mit dem Einwand des wirtschaftlichen Druckes angreifbar wären.

Es muß schon den gesetzlichen Bestimmungen des § 37, Abs. 4, die richtige Auslegung

gegeben werden, und da ist zu sagen: § 37, Abs. 4 HAG, ist als „Ausschlußfrist“ nicht als „Verjährungsfrist“ zu betrachten. Der Unterschied in beiden Begriffen liegt darin: Ausschlußfristen gelten den Behörden und Gerichten gegenüber, ohne weiteres. Sie sind als Anspruchsvoraussetzungen von Amts wegen zu beachten. Ausschlußfristen werden gewahrt durch Erhebung der Forderung gegenüber dem Schuldner. Ganz anders liegt es bei den Verjährungsfristen. Eine Verjährungsfrist ist niemals von Amts wegen zu beachten, sondern sie muß von der Partei angewendet werden. Eine Verjährungsfrist ist niemals durch Erheben der Forderung gegenüber dem Schuldner gewahrt, sondern stets nur durch Erheben einer Klage. Aus dieser Tatsache heraus ergibt sich aber ganz dringend, daß die Frist des § 37, Abs. 4, keine Verjährungsfrist sein kann; denn dann würde der Hausarbeiter seine Forderung ja sogar innerhalb der Vierwochenfrist einklagen müssen. Das wäre aber im Zusammenhang der üblichen Rechtsprechung auf Forderungen aus dem Tarifvertrag geradezu als ein Paradox zu betrachten.

Auch der Abs. 5, § 37 HAG, hat nur klar und deutlich die Buße zum Gegenstand. Schon dieser Umstand mußte jeden Zweifel darüber zum Schweigen bringen, daß der § 37 HAG, nur allein dem Bußverfahren in seinen Auswirkungen und seinen Begrenzungen gewidmet ist. Es wäre gesetzestechisch auch gar nicht zu verstehen, wenn plötzlich zwischen lauter das Bußverfahren regelnde Bestimmungen ein Absatz eingeschoben würde, der materielle Ansprüche des Arbeitnehmers behandelt. Das Einklagen von Forderungen aus dem Arbeitsoder Tarifvertrag vor den Arbeitsgerichten ist den in der Hausindustrie beschäftigten Personen auf alle Fälle gewährleistet. Im Zusammenhang mit solchen Forderungen kann der § 37 HAG, nicht gebracht werden.

H. Effelein.

Danke nach, deutscher Arbeiter!

Nationalsozialistische Maultrömler ziehen durch Deutschlands Gauen und machen in Demagogie. Im Versprechen sind sie groß, im Lästern und Verleumdungen noch größer. Den Arbeitern wollen sie helfen, den Bauern, den Gewerbetreibenden, den Handwerkern, den Rentnern, den Beamten, den Fabrikanten, den Bankiers, den Großgrundbesitzern, den Offizieren, den Generalen, den Freiherren, den Grafen, den Prinzen. Gute Einkommen, Steuernachlässe, Prämien, glänzende Geschäfte werden versprochen, aber bislang ist es insbesondere für die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Bauern, Handwerker und Gewerbetreibenden beim Versprechen geblieben. Die werden noch weiter aufs Dritte Reich verströmt, den Freiherren, Baronen, den Industrievertretern, Großagrariern und sonstigen Geschäftsinteressen dagegen ermöglichen die Nationalsozialisten einstweilen die Staatsmacht in die Hand zu nehmen und ihre Wünsche an den Staat durchzusetzen. Man ließ sie an die Futterkrippe, wo die schöne bürgerlich-nationalistische Wortprägung heißt. Das ist eine Tatsache und kann wohl nicht bestritten werden.

Daraus geht einwandfrei hervor, wem die Nationalsozialisten helfen und wem ihre Unterstützung zugute kommt.

Daß sie für Arbeitslose, für Arbeiter, für kleine Rentner, überhaupt für alle arbeitenden Schichten nichts übrighaben, sieht man ja in den Ländern, in denen sie die Regierungsmacht bekamen. Wo haben sie denn ihre Versprechen gehalten? Arbeiter, fragt sie danach, laßt euch aber nicht mit Redensarten abspelsen, verlangt Beweise.

Die Nationalsozialisten geben wegen ihrer NSBO öffentlich nicht zu, daß sie für die Beseitigung des Tarif- und Schlichtungswesens eintreten, daß die Arbeitslosenversicherung verschwinden soll, daß sie die Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung im Sinne der Unternehmer umgestalten möchten, aber sie geben der neuen Reichsregierung die Möglichkeit, in der Richtung zu wirken. Eine solche Handlungsweise erkennen die Arbeiter schon als das, was sie ist, als schollen Verrat, der immer wieder auf die Nationalsozialisten zurückzuführen ist. Und wenn jetzt die Arbeiterrechte, die Lohn- und Schutzbedingungen und die Sozialversicherung eingeeignet, geschmälert und verschlechtert und die Renten in den sozialen Versicherungszweigen herabgesetzt wurden, so ist die Hitler-Partei daran schuld, sie duldet diese Tätigkeit der Regierungsmänner und Unternehmervortreter.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen brauchen nur die Taten der Nationalsozialistischen Arbeitgeberpartei mit den Versprechungen der Maultrömler vergleichen, dann erkennen sie klar und deutlich die tönende Phrase des Nationalsozialismus.

Wenn von dessen Teufelei die Seele des deutschen Arbeiters ergriffen werden sollte, dann ist dieser mit Haut und Haaren dem Kapitalismus in jeder Form und seinen Schützlingen, den Nationalsozialisten, preisgegeben. Dann wird er zum Sklaven herabgewürdigt und Jahrzehntelange Kämpfe von sich aus muß er dann führen, um wieder als Mensch anerkannt zu werden.

Daran denke, deutscher Arbeiter und deutsche Arbeiterin!



Wenn ich den Wandrer frage Nach einem guten Rad, — Nur „Lindcar“, wird er sagen, Beglückt dich früh und spät.



Kreuzzug der Maschine?

Wiederholt wurde schon auf die rapid fortschreitende Technisierung der Glasindustrie hingewiesen. Was schon immer vorausgesagt wurde, wirkt sich jetzt mit katastrophaler Wucht für den Teil der Glasarbeiter aus, der davon in Mitleidenschaft gezogen wird. Verfolgt man die Statistiken, die in trockenen Zahlen die verheerende Wirkung der Maschine auf dem Menschenmarkt der Arbeit aufzeigt, so kann man sich des Gefühls des Grauens nicht verwehren. Das alte, ehrbare Glasmacherhandwerk stirbt aus — jegliche Poesie eines einst hochgeschätzten Berufes ist verschwunden. Die tote Maschine übernimmt die Fingerfertigkeit und Lungenkraft des Arbeitsmenschen und überläßt letzteren der Pein. Wo früher eine singende, klirrende Melodie den Rhythmus der Arbeit angab, faucht und dröhnt jetzt in bizarren Tönen eine Stahlkonstruktion den „Gesang“ eines neuen Zeitalters. Nur noch wenige Artikele vermochten sich zu retten — bald werden auch diese von der unersättlichen Maschine verschlungen werden. Bald wird man den letzten Glasmacher, der seine Ware mit der Hand und mit dem Mund verfertigt hat, nur noch im Museum zu sehen bekommen.

Gegen die Technisierung der Industrie kann man nun allerdings nichts einwenden. Etwa nach Art der englischen Maschinenstürmer im vorigen Jahrhundert zu verfahren, hieße sich gegen jeden Fortschritt stemmen zu wollen. Im Gegenteil: das moderne Geschlecht muß ein Interesse an einer größtmöglichen Ausnutzung der maschinellen Neuerungen haben, um die Beschäftigungs- und damit die Aufenthaltadauer in giftgeschwängerten Fabrikräumen auf eine angemessene Zeit herabzudrücken. Klingt dies nicht wie Zukunftsmusik? So sollte es sein! Jede technische Erfindung sollte der Menschheit zu nutzen kommen. Jede neue Maschine sollte ein Segen für die betreffende Arbeiterschaft sein. Bis jetzt aber hat die Arbeiterschaft gerade das Gegenteil verspüren müssen; verspüren müssen deshalb, weil die kapitalistische Gesellschaft die kosmische und technische Kraft nicht für die Allgemeinheit, sondern für sich in den Dienst gestellt hat. Deshalb fragt auch der Kapitalist nicht danach, wieviel Arbeiter, wieviele Familien durch die Maschine brotlos gemacht werden. Die Menschen sind da, aber sie können nicht arbeiten, weil eine

Maschine ihre Arbeit in schnellerer und vielleicht auch weit präziserer Form verrichtet. Sie fallen dem Staat zur Last, der eigentlich für seine Untätigkeit nicht verantwortlich gemacht werden kann. Und da spricht man noch von einer gottgewollten Weltordnung!

Die Industrie arbeitet mit einer anerkennenswerten Intensivität an dem Problem, die Arbeitsweise zu rationalisieren und zu technisieren! Warum verschließt man sich der doch wirklich spruchreifen Forderung der Arbeiterschaft, gleichzeitig auch die Arbeitszeit zu rationalisieren? Stellt die Maschine das für den Konsum benötigte Quantum in einem kürzeren Zeitraum her, dann ergibt sich doch von selbst die Konsequenz, daß auch der Arbeiter weniger Stunden beschäftigt zu werden braucht! Praktisch ist ja die Frage durch die Arbeitslosigkeit des einen Teils schon gelöst. Der Mensch, als Krone der Schöpfung, muß doch schließlich auch noch etwas gelten, — er sollte doch in erster Linie berücksichtigt werden.

Aber wir erleben leider das Gegenteil. Die Maschine ward zum Fluch der Arbeiterschaft. Tagtäglich werden neue Massen vom Produktionsprozeß ausgestoßen und dem Nichts überliefert. Taddrängende Jugend bevölkert die Landstraßen, strebsame Charaktere verwandeln sich in mißmutige Subjekte, bestfundiertere Ehen werden aus wirtschaftlicher Not zerrüttet, laehende Kindheit reißt kargliche Armut aus ihren Träumen; dies ist die Bilanz der heutigen Gesellschaft! Wo soll da noch eine Moral zur Geltung kommen? Gewiß kann man nicht den einzelnen Unternehmer verantwortlich machen; hier krankt es wirklich an einem „System“. Wenn nun der „verpönte“ Marxismus dieses unwürdige System in gesunder Bahnen lenken will, so brüllen die Verfechter der „nationalen“ Wirtschaft von „Bolschewisierung“ und „Untergrabung der wirtschaftlichen Ordnung“. Man bleibe uns vom Halse mit einer derartigen „Ordnung“, die einem Teil nicht das gibt, was er zum Leben braucht.

Wenn endlich bringt der „Kreuzzug der Maschine“ auch jenen die Befreiung, die Möglichkeit zur Lebensbejahung, die gegenwärtig von der Gesellschaft ausgeschlossen sind? Antwort, ihr Beherrscher des „Staates“, der Wirtschaft, der Kirche, des Weltgewissens! Berthold Müller, Marktkeuthen.

Glasindustrie, Krise und Lohn

(Schluß.)

Besonders interessiert uns die Feststellung des Absinkens der Einkommensverhältnisse der in der Glasindustrie beschäftigten Arbeitnehmer. An anderer Stelle haben wir festgestellt, daß 1930 an Arbeitslöhn in der gesamten deutschen Glasindustrie 154 Millionen Reichsmark aufgewandt werden mußten, 1931 nur 105 Millionen RM. Wenn wir auch gerechterweise anerkennen wollen, daß in den Angaben bezüglich Schrumpfung des Einkommens um ein Drittel nicht nur die Zahlen des brutalen Lohnabbaus in Erscheinung treten, sondern auch der Ausfall an Löhnen infolge Nichtausnutzung vorhandener Betriebsanlagen und der damit verbundenen Freistellung von Arbeitskräften; so steht doch fest, daß das Bild der Einkommens-Schrumpfung für die deutsche Glasarbeiterschaft geradezu erschreckend ist, und sicher noch katastrophaler wäre, wenn nicht gewerkschaftliche Arbeit genügend Hindernisse in den Weg gelegt hätte.

Da die prozentuale Lohnsenkung in den einzelnen Branchen der Glasindustrie nur im Rahmen der allgemeinen Lohnsenkungswelle gelegen hat, ja in einzelnen Zweigen sogar noch darunter, so läßt das Material des Verbandes Deutscher Glasindustrieller erkennen, daß sich die Industrie bei der stark ausgeprägten Akkordarbeit am Akkordlohn reichlich schadlos gehalten haben muß, und daß unsere Behauptungen und Nachweise über „kalten Lohnabbau“ in den Betrieben vollauf durch den Verband Deutscher Glasindustrieller bestätigt worden sind.

Trotz aller wirtschaftlichen Mahnungen der Vertretung der Arbeitnehmern und anderer unpolitischer Stellen scheint man auf dem unvermeidlichen Wege der alleinigen Senkung der Unkosten beim Lohn durch „Angleichung und Anpassung“ auch in der Glasindustrie teilweise mit Hilfe der Schlichtungsstellen leider weiter fortzuschreiten zu wollen. Man zieht nicht dabei in Erwägung, daß durch die Beschränkung der Einkommensverhältnisse der Konsumenten gerade die Verbrauchsgüter-Industrie, zu der auch die Glasindustrie gehört, sich selbst die Fesseln der Krise anlegt. Im Vorjahr schrieb das Institut für Konjunkturforschung unter Bezugnahme auf die deutsche Wirtschaftsglasindustrie, daß eine Belegung leider durch die fortgesetzte Einkommensschrumpfung der Konsumenten nicht eintreten kann. Sie ist auch vorläufig nicht zu erwarten, wenn nicht äußere Umstände das Bild verschieben. Die Schrumpfung ist auf allen Gebieten der Produktion, des Absatzes und der Einkommen weiter fortgeschritten. Äußere Umstände könnten nicht die Erscheinung weichen, da an Stelle des notwendigen Freihandels in der Welt immer mehr und mehr der Kapitalismus in den einzelnen Staaten sich den Gedanken der Autarkie und des Protektionismus zu eigen macht.

Hat das Institut für Konjunkturforschung 1931 bereits gemahnt, vernünftigen Wirtschaftsgedanken in der Glasindustrie zum Siege zu verhelfen, so wird es noch deutlicher im Heft 1 des Jahrgangs 7. Hier schreibt man für die Betrachtung der zukünftigen handels-

politischen Entwicklung der Glasindustrie, daß im Inland mit einer Zunahme der Nachfrage-Verhältnisse, vor allem von Verbrauchsgläsern durch die fortschreitende Einkommensschrumpfung nicht zu rechnen ist. Das Exportgeschäft kann sich durch protektionistische Maßnahmen des Auslandes, der neuen Zölle und der valutaren Verschiebung der Geldwerte kaum wesentlich beheben. Ein Lichtblick im Export-Geschäft stelle nur die Entwicklung in der Flachglasindustrie dar. Dabei



Die Staatliche Porzellanmanufaktur Meissen

Die Frage der Wirtschaftlichkeit dieses sächsischen Staatsbetriebes tritt anlässlich der Etatberatungen im Sächsischen Landtag wieder einmal in den Vordergrund. Noch recht gut in Erinnerung ist wohl, welchen Staub im Vorjahre die Anträge auf Umwandlung der vom Sächsischen Staat gegebenen Kredite in Kapitaleinlage, weit über den Kreis der Beteiligten hinaus, aufgewirbelt haben. Bei Beurteilung der Situation haben jedoch die wenigsten Kritiker die tieferen Ursachen der mifflischen Lage, in der sich das Werk befand gewürdigt; zum größten Teil hat man, teils aus Unkenntnis, teils aus prinzipieller Gegnerschaft zum Staatsbetrieb, ein falsches Bild entworfen. Da von gewisser Seite auch heute noch versucht wird, diese alte Kulturstätte als einen Luxus des Sächsischen Staates hinzustellen, den sich dieser heute nicht mehr leisten könne, andererseits die Wirkung einer jahrelang falschen Finanzierungspolitik noch immer spürbar ist, scheint es angebracht, die Zusammenhänge einmal etwas schärfer zu beleuchten.

Die Inflationsjahre waren auch für Meissen eine gute Absatzperiode, die zweierlei im Gefolge hatte. Einmal eine erhebliche Steigerung der Belegschaftsziffer auf über 1000 gegenüber rund 750 in der Vorkriegszeit, zum anderen eine wesentliche Verringerung des Lagerbestandes. So begann 1924 die Manufaktur eine neue Produktionsperiode mit viel Leuten, geräumtem Lager und reichlichen Betriebsmitteln. Hier hätte nun eine einmalige aber genügende Finanzierung der Manufaktur eine gesunde Grundlage geben können. Was geschah aber? Man setzte bei Eröffnung der Goldmarkbilanz ein Betriebskapital von über 2 Millionen Mark ein, traf also eine rein buchtechnische Maßnahme und stellte im Laufe des Jahres 1924 dem Betrieb ganze 500 000 RM zur Verfügung. Das konnte nicht gehen und so entschloß man sich im Berichtsjahr 1925/26 noch einmal 750 000 RM zu geben. Also in einem Zeitraum von zwei Jahren 1 250 000 RM Betriebskapital bei einer Jahreserzeugung im Werte von über 4 Millionen Mark. Ein Vergleich der beiden Zahlen miteinander erhellt sofort die Tatsache, daß die Manufaktur gezwungen wurde, sich anderweitig Mittel zu suchen. So begann die schlimme Kreditperiode,

untersucht allerdings das Institut für Konjunkturforschung nicht, inwieweit der Export des Flachglases volkswirtschaftlichen Nutzen abwirft.

Möge die fortgesetzte Mahnung, die wir und andere Stellen den Glasindustriellen immer und immer wieder geben, nicht länger ungehört verhallen! Nachdem doch der Beweis erbracht worden ist, daß nicht die Verelendung der breiten Massen einen Ausweg aus der Krise bringt, nicht Niedrighaltung der Löhne ein Mittel zur Krisenüberwindung ist, sondern wir nur aus der Sackgasse herauskommen durch Besserung des Lebensstandards. Mit dieser Besserung des Lebensstandards müßte aber die deutsche Verbrauchsgüterindustrie anfangen, ehe es wirklich zu spät ist.

Leider scheint dieser Vernunftsgedanke vorläufig noch auf harten Boden zu fallen, zumal die Reaktion mit Hilfe der neuen Regierung Morgenluft wittert. Die Geschehnisse der jetzigen Zeit werden aber nicht unbeachtet an der deutschen Arbeiterschaft vorbeigehen dürfen. Sie wird auf der Hut sein; sie wird nicht nur dauernd abwehrbereit bleiben, sondern zum Angriff übergehen müssen, wenn man im Lager unserer wirtschaftlichen Gegenspieler Vernunftgründe der Arbeitnehmer durchaus nicht anerkennen will.

Deshalb, Glasarbeiter, haltet euch bereit! Es gilt, mit allen Kräften nicht nur Erzeugnisse zu halten, vielmehr auch Freiheit und Recht für unsere Zukunft, und damit Sicherung unserer Existenzverhältnisse zu schaffen. M. Krebs.

Gelsenkirchen-Rothhausen

Die deutsche Libbey-Owens-Gesellschaft für maschinelle Glasherstellung A.-G., Gelsenkirchen-Rothhausen, die sich vor einigen Monaten an der Vereinigte Vopelius'sche und Wentzel'sche Glashütten GmbH. in Sulzbach (Saar) unter gleichzeitigen Abschluß einer Interessengemeinschaft beteiligte und im Zusammenhang damit im Januar 1932 ihr Aktienkapital um 1 Million auf 11,5 Millionen RM erhöht hat, wird für das Geschäftsjahr 1931 eine Dividende nicht verteilen, nachdem schon im Vorjahr der an sich für eine Gewinnausschüttung ausreichende Nettoüberschuß von 507 406 RM zur Stärkung der Betriebsmittel verwendet wurde. Infolge Rückgangs der Bantätigkeit ist im Fensterglasgeschäft der Absatz weiter erheblich zurückgegangen. Noch schärfer ist der Rückgang im Spiegelglasgeschäft gewesen.

Achern

In Achern geht es den Glasarbeitern nicht gut. Am 17. Juli ist es ein Jahr, daß die die Hütte stillliegt. Die eine Hälfte der Glasarbeiter liegt schon seit 1927 auf der Straße, ohne wieder Beschäftigung zu finden. Ihre Lebensaufgabe besteht nun leider darin, zum Arbeitsamt und zum Wohlfahrtsamt zu wandern und Elend und Not auf ihrem

Lidensweg kennenzulernen. Das ist bitter für ein heißiges Glasmachervölkchen, das ein Jahr für Jahr vor den glühenden Häfen stand. So manchmal denken Kollegen, das kann doch nicht so weitergehen, aber es geht trotz'em weiter, ohne daß sich etwas zum Besseren wendet. Mit Worten kann den Kollegen nicht mehr geholfen werden. Sie wollen endlich die befreiende Tat, die Arbeitsbeschaffung, sehen und kennenlernen. Also handelt, wer zu handeln vermag.

Vereinigte Staaten

Die Glasfabrikanten der Vereinigten Staaten Nordamerikas ließen in der letzten Zeit wieder Beschwerden laut werden; daß der amerikanischen Handel den deutschen Erzeugnissen den Vorzug vor heimischen Angeboten gibt. Sie verlangen natürlich nun Schutz vor der deutschen Konkurrenz, der in höheren Zöllen liegen soll. Auf diese Weise werden die Zollschutzmauern der Länder immer höher getürmt.

Oesterreich

Eine steirische Glasfabrik hat die Erzeugung von Marmorglas, das bisher in Oesterreich nicht hergestellt wurde, aufgenommen und will auch für den Export arbeiten. Marmorglas dient an Stelle von echtem oder künstlichem Stein oder Fliesen zu Wandbelagen aller Art.

Biegemal Glas

Immer wieder tauchen Nachrichten von biegsamen oder nicht zerbrechlichem Glas auf, sie kommen meistens aus Amerika. Neuerdings ist Rußland das Wunderland. Nach einer Meldung aus Rußland soll es nun russischen Wissenschaftlern gelungen sein, ein absolut bruch-sicheres Glas herzustellen.

Dieses neue Glas soll eine derartig hohe Elastizität besitzen, daß man Scheiben, die aus ihm hergestellt sind, buchstäblich verbeulen kann, ohne daß sie Schaden nehmen. Die Versuche, die mit der neuen Glasart unternommen wurden, haben gezeigt, daß sie auch äußerst starke Stöße, wie sie etwa bei einem Zusammenstoß zwischen zwei Fahrzeugen in Frage kommen könnten, übersteht. Tritt doch einmal eine Beschädigung der Scheiben ein, dann geschieht es, indem die neue Glasart wie Pappe reißt, ohne daß Menschen durch umherfliegende Glassplitter verletzt werden könnten.

Möbel aus Glas

Eine neue Industrie ist in Amerika im Entstehen begriffen: die Fabrikation von Glas-möbeln. Es soll gelungen sein, Glasorten herzustellen, die praktisch unzerbrechlich sind und sich vorzüglich als Material für Möbel eignen. Der Glasfluß wird, wenn man keine farblosen Möbel haben will, mit leuchtenden Farben versetzt, die die gewöhnlichen Anstriche an Schönheit weit aus übertreffen. Das Material stellt sich in der Herstellung außerordentlich billig. Selbstverständlich ist es nicht für alle Zwecke brauchbar, wenn es auch schon — wie im Märchen — Betten aus reinem Glase gibt. Meistens wird es aber für Bücherschränke und Buffets verarbeitet.

Hoffentlich kommt die Fabrikation von Glas-möbeln unserer amerikanischen Glaskollegen-schaft zugute und bringt ihnen Arbeit. Das ist jetzt das Wesentliche im Zeichen der Krise.

Konsequenzen ziehen. Aber gerade diese starre negative Einstellung gibt zu pessimistischen Erwägungen für die Zukunft Anlaß. Obwohl doch die wirtschaftlichen Voraussetzungen für dieses Werk um vieles besser sind als die anderer Betriebe. Qualitativ fast konkurrenzlos, mit einem blendenden Ruf, den sich andere mühsam erwerben oder erhalten müssen und eine gute Kundschaft. Gelang es doch dem Betriebe noch 1931 mengenmäßig eine Umsatzsteigerung zu erzielen, die ein gutes Teil der vorjährigen Preissenkung wieder weit machte. Und schließlich ist in den vergangenen Jahren nicht nur verbraucht sondern auch erarbeitet worden, es sei nur an die Verbesserung der Betriebsanlagen und die Lagervermehrung erinnert.

Nötig ist freilich noch, daß die schüchternen Versuche einer inneren Reorganisation zu einer gründlichen Aktion ausgestaltet werden. Bis jetzt hat man zum größten Teil die Krise mit den primitivsten Mitteln bekämpft. Mit Lohn- und Personalabbau. Die jetzt gezahlten Löhne stehen in keinem Verhältnis mehr zu den verlangten Leistungen. Und die fortgesetzten Angriffe auf die alten wohlverworbenen Rechte der Belegschaft lassen eine Bewertung erkennen, die in schreiendem Widerspruch steht zu den Lobeshymnen, die der Fremde zu hören bekommt über die Manufaktur und ihr Personal, wenn er den Betrieb besichtigt. Der dem Werke so nötige innere Friede wird immer wieder gestört durch eine Einstellung der zuständigen Behörden, die sich von der unserer Arbeitgeber-Scharfmacher in der Privatindustrie nicht mehr unterscheidet. Noch sind die Wünsche gewisser Herrn auf Beseitigung aller Vorrechte nicht in Erfüllung gegangen. Die Belegschaft wehrt sich verzweifelt und dieser Kampf ist dem Werke nicht gerade dienlich.

Viel angebrachter wäre statt dessen die eben erwähnte Reorganisation.

Man vermißt noch immer die Einheit in der Betriebsführung; das Spiel der Kräfte bei der Gesamtverwaltung miteinander, nicht gegeneinander. Auch der Produktionsplan ist noch mit großen Mängeln behaftet, deren schlimmster die nun schon chronische Krankheit ist, daß in den Tagen der besten Konjunktur, z. B. vor den Festen, viele Kunden enttäuscht und unbefriedigt abziehen müssen, weil die gewünschten und wir

betonen es ausdrücklich, die gangbaren Artikel nicht greifbar am Lager sind. Ebenso zu verurteilen ist die Preispolitik. Wie alt ist doch die Klage über die zu hohen Preise...

Sorau, noch immer ein Klageherd

Es kann ganz allgemein gesagt werden, daß alle Betriebsleitungen ihren Arbeitern gegenüber Vertretern gegenüber die Meinung kund tun, daß der bedeutungsvollste und wichtigste Teil eines Betriebes die Werksleitung sei...

selbe Ministerium, das die Kraft aufbrachte, in den letzten Jahren Hunderte von Menschen durch Abbau um ihre Existenz zu bringen...

nicht mißzuverstehender Form die überragende Bedeutung der Verwaltung zum Ausdruck zu bringen. Sie bedienen sich vielfach auch einer Menge von Kraftausdrücken...

Ueber die in der Malerei vorhandenen Tarifverletzungen, den gepflogenen Verhandlungen im Betribe zur Erledigung derselben und über den Verlauf der Verhandlungen vor dem Gauschiedsamt in Stolzen am 2. Juni 1933...

Margarethenhütte

In der Margarethenhütte der H. Schomburg & Söhne, Zweigniederlassung Bautzen der Porzellanfabrik Kahla, brach am 25. Juni während der Prüfung von Hochspannungsisolatoren unter Oel ein Brand aus...

Porzellanfabrik in Gdingen?

Durch die polnische Presse geht die Nachricht, tschechoslowakische Vertreter der größten Porzellanfabriken hätten in Gdingen die Verhältnisse studiert, weil die Absicht bestehe, dort eine Porzellanfabrik zu bauen...



Die rügenische Kreideindustrie

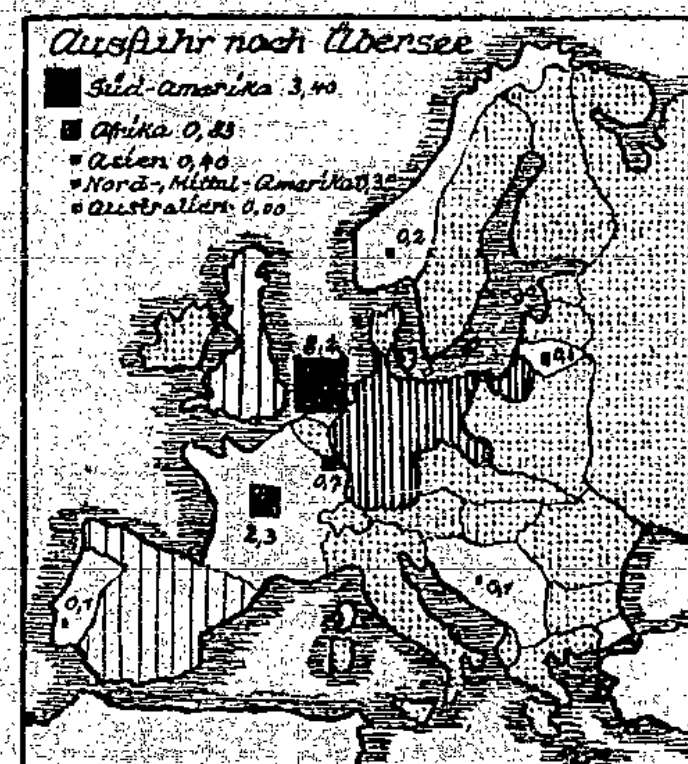
Mit der Sense in der Hand, Mit der Hacke an der Kreidewand. Halten wir die Treue dem Verband. Vorstehender Satz befindet sich als Inschrift auf der Sturmflut der rügenischen Kreidearbeiter...

flüssig gemacht und geschlämmt. Die schweren Rückstände setzen sich unten ab. Die dünnflüssige Kreide fließt lange Holzrinnen entlang, in denen sich die noch vorhandenen Sandteilchen absetzen...

drückt und sind auch später zusammen geblieben. Die rügenische Bevölkerung ist ähnlich den Küstenbewohnern ein ruhiger Menschenschlag...

Der deutsche Zement-Außenhandel 1931 (Schluß)

Ueber die Ausfuhr unterrichtet das Schaubild. Zwei Absatzgebiete fallen besonders auf: die Niederlande und Frankreich. Diese beiden Staaten sind die einzigen, die für mehr als eine Million RM erhielten...



Deutsche Zement-Ausfuhr 1931 (Beträge in Millionen RM)

Table with columns for destination (Westeuropa, Nordeuropa, Osteuropa, Südeuropa, etc.), 1930 values, and 1931 values. Includes a list of countries for each region.

Im Jahre 1931 hat sich also deutlich das Hauptgewicht der deutschen Zementausfuhr zugunsten von Europa verlagert. Während im Jahre 1930 noch ungefähr die knappe Hälfte des Zements nach Übersee ging...

Der Abbau der Kreide erfolgt im Tagbau. Zum Teil gegen den Kreidberg, zum Teil auch von oben in die Kreide hinein. In früheren Jahren, als der Bedarf an Kreide nicht so groß war, wurde sie von den Bauern, an deren Boden sie sich vorfindet...

Das das Harten an der grellweißen Kreidewand gegen die die heiße Sonne scheint, kein Vergleich an der Helligkeit dürfte einleuchten. Auch das Ausformen der Kreide aus den Schlammgruben und das Stampfen der trockenen in den Fässern mit 15 Pfund schweren eisernen Stampfern ist eine außerordentlich schwere Arbeit...

Dr. Fritz Wasner

***) Davon für 200 000 RM Reparationslieferungen

Einstellung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung?

In der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 30. Juni dieses Jahres gelangte das Schreiben zum Abdruck, das die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften gemeinsam in der Frage der Anrechnung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung auf die öffentliche Arbeitslosenunterstützung an den Reichsarbeitsminister gerichtet haben. Die „Rote Fahne“ vom 30. Juni nimmt dieses Schreiben zum Anlaß, um von der Einstellung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung und von einem Zusammenspiel der Gewerkschaften mit der Papen-Regierung zu phantasieren.

Der Inhalt des an den Reichsarbeitsminister gerichteten Schreibens ist für jeden Menschen mit normalem Verstand vollkommen einleuchtend.

Sie erklären schließlich — und dies ist nun die Stelle, die die „Rote Fahne“ zum Ausgangspunkt einer billigen Agitation nehmen möchte — daß die Gewerkschaftsmittel nicht dazu da sind, um die öffentlichen Mittel zu ersetzen und daß, falls die Anrechnung erfolgen sollte, die bisherigen Leistungen insoweit eingestellt werden müßten. Niemand in den Gewerk-

schaften denkt daran, auf diese Weise Gelder einzusparen. Es ist vielmehr ganz selbstverständlich, daß die Gewerkschaften auch in solchem Falle Wege finden würden, die zur Verfügung stehenden Mittel weiterhin im Interesse ihrer arbeitslosen Mitglieder zu verwenden. Kein Gewerkschaftsmitglied aber könnte Interesse daran haben, daß durch den Einsatz der Gewerkschaftsmittel die Arbeitslosenversicherung oder die Arbeitslosenfürsorgeeinrichtungen von eigenen Verpflichtungen entlastet werden.

In den Kreisen derjenigen, die es angeht — und das sind ja die gewerkschaftlich geschulten Arbeiter — wird die „Rote Fahne“ mit ihrer neuesten Hetzkampagne gegen die Gewerkschaften daher wenig Glück haben.

Die Polemik der „Roten Fahne“ ist im übrigen durch eine Erklärung des Reichsarbeitsministers vom 30. Juni gegenstandslos geworden. Der Reichsarbeitsminister hat die Eingabe der Spitzengewerkschaften positiv dahin beantwortet, daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung auf die öffentliche Arbeitslosenunterstützung nicht angerechnet wird.

Gau IV / Zahlstellenleiter-Konferenz.

Der Kollege Wiesenhütter-Stettin eröffnete die zum 12. Juni nach Rostock einberufene Konferenz und ließ die Vorträter willkommen.

Der Kollege Karow als Referent über die Lohnbewegung in der Ziegelinindustrie beschränkte sich in seinen Ausführungen nicht nur auf die Verhältnisse in der Ziegelinindustrie, sondern streifte gleichzeitig die Verhältnisse der übrigen Industrien. Hinsichtlich der Ziegelinindustrie führt er aus, daß im Juni des vorigen Jahres eine Lohnbewegung stattfand. Das Schlichtungsverfahren brachte eine Senkung der Löhne um 2 Rpf. Am Ende d. J. wurden auf Grund der 4. Notverordnung die Löhne nochmals gesenkt und bis zum 30. April 1932 mit monatlicher Kündigung festgelegt. Ursprünglich bestand die Hoffnung, daß eine weitere allgemeine Lohnsenkung nicht zutage treten würde, nachdem jedoch die Tarifverträge für das Baugewerbe von den Arbeitgebern gekündigt wurden, mußte leider mit einer Kündigung auch für die Ziegelinindustrie gerechnet werden. Diese Kündigung erfolgte auch. Das Ergebnis der Schlichtungsverhandlung in Schwerin vom 26. Mai besagt, daß der Lohn in der Spitze 60 Rpf. pro Stunde betragen soll. Die Senkung beträgt somit 4 Rpf. Zu diesem Ergebnis haben die Kollegen in Versammlungen Stellung genommen. Eigenartigerweise wurde der Schiedsspruch von den in Arbeit stehenden Kollegen angenommen, von den Kollegen, die noch nicht im Betrieb waren, jedoch abgelehnt. Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches durch den Schlichter ist zwar beantragt, bisher jedoch nicht ausgesprochen worden. Die Arbeitgeber zahlen bisher die von ihnen festgesetzten Löhne. Trotz vieler Bedenken, die zweifellos vorhanden sind, warnte der Kollege Karow vor einem tariflosen Zustand. Wenn es gelingt, zu einer Einigung zu kommen, dann kann von Arbeitgebersseite nicht mehr einseitig diktiert werden. Der Kollege Karow ging zu den Bestimmungen des Manteltarifvertrages über und war auch der Ansicht, daß manches schlecht ist. Trotzdem stellt die Akkordbasis immer noch eine für die Arbeiter günstige Position dar. Gleichzeitig sieht der Manteltarifvertrag weitgehendes Mitbestimmungsrecht für die Betriebsvertretung vor. Bedauerlicherweise muß jedoch gesagt werden, daß vielfach kein Betriebsrat gewählt wird und der Arbeitgeber allein bestimmen kann. Wenn die Zeiten sich wieder ändern, ist es besser, einen Tarifvertrag zu besitzen, den man ausbauen kann als keinen und wieder von vorn angefangen werden muß.

Wo das Organisationsverhältnis ein gutes ist, da pflegen es auch die übrigen Verhältnisse zu sein. Kollege Karow warnte vor dem Beitritt bei den Ersatzkrankenkassen. Wenn wir uns vor Augen führen, was geschehen würde, wenn keine Organisation vorhanden wäre, dann erst lernen wir den Wert derselben auch in der Krisenzeit schätzen.

In der Debatte zum Bericht des Kollegen Karow sprach lediglich der Kollege Beug-Barth. Er schilderte ergänzend die Verhältnisse seines Ortes. Auch er ist der Ansicht, daß die Organisation in der jetzigen Krisenzeit das Wichtigste ist. In seinem Schlußwort erklärte der Kollege Karow, daß wir die uns zustehenden Organisationsgebiete bearbeiten müssen. Jetzt diktieren die Arbeitgeber. Jedoch auch unsere Zeit wird kommen. Wir haben dafür zu sorgen, daß wir für diese Zeit gerüstet sind.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung hielt der Kollege Thiemiig-Hannover ein recht aufschlußreiches Referat über wichtige Angelegenheiten. Der unseren Entschlüssen müssen wir die Jetztzeit im Auge behalten. Es braucht nicht betont zu werden, daß es sich bei fast 6 Millionen Arbeitslosen schlecht kämpft. Ein Grund zur Mutlosigkeit ist jedoch nicht vorhanden. Der Wille zur Einheitsfront ist gut; er muß aber getragen werden von dem Gedanken: Wie verbessern wir die Lage der Arbeiterschaft? Es kann nicht angehen, daß Parteien die Einheitsfront als Schild benutzen. Hinter dem ihre egoistischen Parteiinteressen verbergen. Solange die Kommunisten dadurch die Interessen der Arbeiter vertreten, daß sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften wirken und alles herunterreißen, kann von einer Einheitsfront nicht die Rede sein.

Zu den Nazis ist zu sagen, daß wenn sie auch nur zu einem kleinen Teil sozialistisch wären, es nicht hätte möglich sein können, daß sie im Reichstag einen Antrag der Sozialdemokratischen Partei ablehnen könnten, der

u. a. vorsah, daß alle Vermögen über 500 000 RM einer Einkommensteuer von 20 Prozent unterworfen werden sollten. Obwohl sie z. Zt. teilweise regieren, und ihren Sozialismus durchführen können, haben sie noch nichts für die Arbeiter getan. Auch von unserer jetzigen Regierung sind kaum andere als Vergünstigungen für die Großindustrie und das Großagrariertum zu erwarten.

Was uns not tut, ist Arbeitsbeschaffung durch Verkürzung der Arbeitszeit und Schaffung zusätzlicher Arbeit, um die Wirtschaft anzukurbeln.

Daß der Verband sein möglichstes getan hat, um die Lüge der Mitglieder zu verbessern, ist bekannt. Mit der Durchführung der Forderung auf Generalstreik, wie sie hier und dort von politischen Kindschiffen gestellt wird, würden wir in der jetzigen Zeit den Arbeitgebern die Hasen in die Küche treiben. Wenn es uns gelingt, das Organisationsverhältnis zu bessern, dann braucht uns vor der Zukunft nicht bange zu sein. Aufklärung und Werbearbeit ist vielmehr unsere vornehmste Aufgabe. Nur mit der Aenderung des Organisationsverhältnisses in unserem Sinne ändern wir auch die Machtverhältnisse und damit unsere wirtschaftliche Lage.

Die Anwesenden verzichteten auf eine Diskussion, um die trefflichen Ausführungen nicht abzuschwächen. Worauf der Kollege Wiesenhütter mit einem „Hoch“ auf die Arbeiterbewegung die Konferenz schloß.

Gau 7 / Zahlstellenleiter-Konferenz.

Unsero diesjährige Zahlstellenleiter-Konferenz in Waldheim i. Sa. hätte sich die Aufgabe gestellt, den erschienenen 69 Delegierten eingehend Bericht über die dem Beirat vorgelegten Anträge und die von diesem gefaßten Entschlüsse zu erstatten. An der Tagung nahm vom Hauptvorstand der Kollege Geiger teil.

Die Berichterstattungen über die Beratungen des Verbandsbeirates hatte der Kollege Siegmund-Chemnitz und den Bericht über die beschlossene Statutenänderung der Kollege Schumann-Leipzig übernommen.

Kollege Siegmund-Chemnitz gab eingehend Aufschluß über den dem Verbandsbeirat durch Kollegen Thiemiig erstatteten Geschäftsbericht in bezug auf Wirtschaftslage, politische Situation, Arbeitsbeschaffung und Verwaltungsmaßnahmen im Verband, sowie über die Referate des Kollegen Partzsch — Lohn- und Tarifpolitik — und des Kollegen Geiger über Agitationsmaßnahmen im Verband.

Vom Kollegen Schumann-Leipzig wurde über die dem Beirat vortragene Finanzlage des Verbandes und die vom Beirat gefaßten Beschlüsse auf Abänderung des Statutes in unseren Unterstützungseinrichtungen sowie über sonstige Verwaltungsmaßnahmen berichtet.

Von beiden Rednern wurde die Stellungnahme des Beirates zu den vom Hauptvorstand und den Zahlstellen vorliegenden Anträgen dargelegt.

In der Diskussion kam trotz Gegensätzlichkeit der Auffassung einzelner Delegierten der einmütige Wille zum Ausdruck, daß diese Maßnahmen nötig seien, um den Verband über diese schwere Zeit hinwegzubringen und ihn schlagkräftig zu erhalten.

Kollege Bieber-Waldheim hielt die Einschränkung der Bildungskurse für eine falsche Sparmaßnahme, und riet mehr wie bisher in gegnerischen Versammlungen unsere Anschauung zum Ausdruck zu bringen. Kollege Teichmann-Bad Lausick empfahl, die Invalidenunterstützung dem Staat zu überlassen. Kollege Nickel-Heidenau brachte nochmals zum Ausdruck, daß es unverständlich sei, daß die Sparmaßnahme nicht auf die Zusammenlegung der Zeitungen ausgedehnt würde.

Sehr beachtenswert war die Entgegnung des Kollegen Geiger. In klaren und allgemein verständlichen Ausführungen ging er auf die Stellung des Hauptvorstandes in der Frage der Statutenänderung und auch auf die von ihm dem Beirat vorgeschlagenen Agitationsmaßnahmen ein. Sowohl die politische und wirtschaftliche Situation erheische die stärksten Anstrengungen, um das Geschaffene zu erhalten und auszubauen.

Kollege Bulke-Dresden setzte sich in leidenschaftlicher Form für die Stellungnahme des Keramischen Bundes in der Frage der Zusammenlegung der Zeitungen ein.

Zum Schluß der Konferenz wurde vom Kollegen Hüppner auf die Bedeutung der Reichstagswahl hingewiesen und aufgefordert, die ganze Kraft der Gewerkschaftsbewegung

dafür einzusetzen, daß die Blühträume der Reaktion nicht zum Durchbruch kommen.

Mit dem Appell einigen Zusammenstehens, um die bevorstehenden Kämpfe überwinden zu können, wurde die Konferenz geschlossen.

Richard Mager.

Achern

Die zur Bezirkszahlstelle Offenburg gehörige Ortsgruppe und frühere Glasarbeiterzahlstelle Achern verlor in dem Kollegen Otto Neurohr ihren langjährigen Führer. Er lag mit 49 Jahren einem langjährigen schweren Leiden. Von Jugend an war er für die Arbeiterbewegung tätig und setzte sich ein für Recht und Freiheit, er war stets ein leuchtendes Vorbild. Nun ist er nicht mehr. Ein chrenedes Gedenken wird ihm bewahrt!

Die Zahlstelle Achern gehört auch zu denen, die schon eine Anzahl alte Kämpfer in ihrer Mitte hat. Eine Feier konnte nicht veranstaltet werden, um die Jubilare zu ehren, aber die Namen sollen in der Zeitung stehen. 25 Jubilare konnten von den 120 noch vorhandenen Mitgliedern aufgeführt werden. Es sind dies: Müller, Anton; Seibert, Georg; Röder, Max I.; Gräser, Hugo; Günter, Wilhelm; Zink, August; Finkbeiner, Albert; Armbruster, Karl I.; Stolz, Karl; Frommann, Franz; Rapedius, Alfred; Schinzel, Robert; Wein, Albert; Schögl, Lorenz I.; Burkhardt, Karl; Finkbeiner, Gottlob; Gaiser, Johann; Armbruster, Max II.; Meister, Franz; Neuchel, Karl; Klein, Franz I.; Lubitz, Hermann und Lubitz, Heinrich. Die Kollegen können versichert sein, daß ihnen auch die Zentralbranchenleitung Glas und der Hauptvorstand in Hannover sowie die Bundesleitung Dank und Anerkennung für die Treue und Opferwilligkeit zollen. Sie würden am liebsten den Wunsch auf Arbeitsbeschaffung in die Tat umsetzen, wenn es in ihrer Macht läge.

Harburg-Wilhelmsburg (Distrikt Lüneburg.)

Am 18. Juni ehrten die Lüneburger Fabrikarbeiter ihre alten Kollegen, die 25 Jahre und mehr dem Verbands angehören. Galt es doch, 89 Kollegen und eine Kollegin zu ehren, die ein Stück Verbandsgeschichte darstellen. Die Freie Gewerkschaftsjugend umrahmte das Fest mit Darbietungen, die mit Begeisterung aufgenommen wurden. Kollege Seidenschaur-Harburg überbrachte die besten Grüße der Ortsverwaltung für die Jubilare. Die enge Verbundenheit Harburgs mit Lüneburg unterstrich Kollege Seidenschaur besonders. Er wies auf die Gründung der Zahlstelle hin, die im Jahre 1893 erfolgte, auf die Kämpfe aus der Vergangenheit um Lohn und Arbeitsbedingungen. Die jüngere Kollegenschaft ermahnte er, den Alten nachzueifern und dem Verbands die Treue zu halten. Kollege Schmache vom ADGB begrüßte im Namen des Ortsausschusses die Jubilare und dankte ihnen für die Treue, die sie der Gesamtarbeiterschaft gehalten haben.

Die Festrede hielt der 1. Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, Kollege Thiemiig-Hannover. Dem Rufe, die Lüneburger Jubilare zu ehren, sei der Hauptvorstand gern gefolgt. Den Jubilaren die besten Grüße übermittelnd, schilderte der Redner den geschichtlichen Werdegang des Verbandes. So mancher Erfolg sei der Arbeiterklasse durch die Organisation beschiedenen worden. Auch Niederlagen mußten hingenommen werden. Der Verband erstrebt die völlige Gleichberechtigung der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft und die geistige Schulung in der Arbeiterbewegung. Die vier Säulen, die die Arbeiterklasse geschaffen hat, gilt es weiter auszubauen, um stets gerüstet zu sein. Am 31. Juli bietet sich die Möglichkeit, Schluß zu machen mit den Hitler-Baronen. Die 40 Jubilare haben so manche Kämpfe mitgemacht. Mit Genugtuung und ehrenden Worten gedachte Vorsitzender Thiemiig derjenigen, die

25 Jahre im Kampf um die Interessen der Arbeiterschaft stehen. Er erinnere an den Zementarbeiterstreik sowie an die Aussperrung auf dem Eisenwerk. Gleichzeitig gedachte er auch der Frauen der Jubilare, die ebenfalls an den Erfolgen und Kämpfen der Organisation teilhaben. Die Jugend gehört zu uns, sie zur Gewerkschaft heranziehen, muß unsere vornehmste Aufgabe sein. Kollege Thiemiig schloß seine Festrede mit den Worten: „Weiter sammeln und werben für die Organisation, um ein einiges Volk von Brüdern zu sein.“

Hierauf wurden den Jubilaren die Diplome des Hauptvorstandes sowie die Festschrift „40 Jahre Kampf“ durch den Vorsitzenden Thiemiig überreicht. Im Namen der Jubilare dankte der stark ergraute Kollege Schmidt für die Ehrung und bedauerte, daß die Arbeiterklasse so zerrissen dastehe. Er erinnerte noch daran, daß nur Einigkeit und Geschlossenheit in der Arbeiterbewegung den Aufstieg zum Erfolg sichert. Mit einem dreifachen Hoch auf den Fabrikarbeiterverband, in das begeistert eingestimmt wurde, fand der Festakt sein Ende.

Andr. Gramulla.

Lübeck / Funktionärkonferenz

Um den Funktionären für die kommenden Dinge Material zu liefern, fand am 26. Juni eine Konferenz der Zahlstelle Lübeck statt. Mit Ausnahme von Pansdorf waren alle Ortsgruppen vertreten. Auch die Betriebsräte waren zahlreich erschienen. Erfreulich war, daß sich unter den 55 Teilnehmern 7 weibliche Mitglieder befanden. Der Kollege Partsch, Hannover, hielt einen Vortrag über Gewerkschaften, Wirtschafts- und sozialpolitische Krise. Die Wirkung blieb nicht aus, eine Aussprache wurde nicht gewünscht. Bei der Stellungnahme zu den Beschlüssen des Verbandsbeirates, erklärte Kollege Körner, warum der Vorstand zu solchen Maßnahmen schreiben mußte. Da schon im Referat der Kollege Partsch einige Hinweise gegeben hatte, war hier die Konferenz der Auffassung, daß der Vorstand gar nicht anders handeln konnte. Einige Grenzfälle wurden besprochen, die Auszahler sollen dann erst noch einmal in Lübeck nachfragen, wenn sich etwaige Zweifel ergeben.

Zur Frage der Agitation, sprach der Kollege Gampig, er widerlegte die am meisten gebrauchten Ausreden und zeigte einige neue Wege. Erfreulich konnte gesagt werden, daß in den Betrieben zur Zeit so gut wie keine Unorganisierten vorhanden sind. Nur in Ahrensbök in der Gummiwarenfabrik hapert es noch. Dadurch, daß die Einnahmen der Zahlstelle stark zurückgegangen sind, mußte zu einer Aenderung der Entschädigungen Stellung genommen werden. In seltener Einstimmigkeit wurde der Vorschlag der Verwaltung erst in alle Puppen verwünscht und dann — einstimmig angenommen. Das kam daher, weil andere Vorschläge nicht gemacht werden konnten und sich alle einig waren darin, daß der Lokalkassenbestand möglichst geschont werden soll. Die Funktionäre bekamen dann noch Anweisungen über geschäftliche Dinge. Einige Kollegen aus Kiel, die zufällig in Lübeck waren, brachten zum Ausdruck, daß es ihnen eine Freude gewesen sei, den guten Geist der Zahlstelle Lübeck einmal kennenzulernen. Trotz aller schweren Zeiten, können wir berichten, daß sich unsere Zahlstelle gut gehalten hat.

Arbeitsmarkt

Welche Firma stellt einen 29jährigen tüchtigen Auf- und Unterglasmaler ein? Suchender beherrscht das Spritzverfahren und das Muffelbrennen und würde auch die Leitung eines Personals übernehmen. Zeugnisse stehen zur Verfügung.

Zuschriften erwünscht unter Zahlstelle des Verbandes der Fabrikarbeiter Waldsassen, Konnersreuther Str. 4.



Auch die Jugend hat ein Recht auf Arbeit

In der Gewerkschaftsbewegung war es selbstverständlich, bei Neueinstellungen und Entlassungen auf besonderen Schutz der Verheirateten zu sehen. Verheiratete mit Kindern genossen besondere Vorzüge. Das ist auch heute so. Mit Recht! Stehen aber nicht heute hinter den Verheirateten die Scharen der Ju-

gend, die ausgelernt haben und die nie richtig an das Arbeiten kamen? Liegt diese Jugend nicht ihren Eltern auf der Tasche, jahraus, jahrein? Verliert sie nicht ihre Berufskennnisse? Wird sie nicht der Ordnung entwöhnt? Als die Soldaten aus dem Krieg kamen, fanden die alten von ihnen einen ruhenden Pol, ihre Familie, ihren Beruf, die jungen Kriegsteilnehmer waren aber enturzelt. Sie hatten Mühen, in die Ordnung der Arbeit und in das Leben wieder hineinzukommen. Hat die Nachkriegsjugend jetzt schon die Möglichkeit gehabt, mit der Arbeit und dem Leben zu verwachsen? Wird die Jugend nicht in einem wirtschaftlichen Krieg groß? Lebt sie nicht von der Hand in den Mund, von Tag zu Tag, ohne Ziel, ohne Aussicht auf Besserung? Wächst sie nicht dem Radikalismus und der Romantik in die Arme? Auch die Jugend hat ein Recht auf Arbeit! Auch junge Menschen sind heute teilweise Erhalter der Familie! Auch junge Menschen brauchen Arbeit, um einen Haß im Leben zu gewinnen und Ausgangspunkte für ihr Denken und ihr Handeln zu bekommen. Wenn also Neueinstellungen oder Entlassungen vorgenommen werden, dürfen nicht nur Alter und Verheiratetsein als soziale Maßstäbe gelten. Die heutige Krisenzeit erfordert besondere Maßstäbe, auch bei der Behandlung der Jugend. Auch die Jugend hat ein Recht auf Arbeit! Legt der Zeit entsprechende wahrhaft soziale Maßstäbe bei Neueinstellungen und Entlassungen an.

Das wahre Ziel der Nazis!



UNTERHALTUNG WISSEN

Die Kluft / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Bobber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(21. Fortsetzung.)

Aber der Entschluß des jungen Mädchens war nicht zu erschüttern. Was zählt für sie die mehrstündige Rückfahrt zu zweit angesichts der Möglichkeit, den Streikenden noch helfen zu können? grölzte Dacre, und in dieser Bitterkeit stieß er hervor:

„Wenn Ihnen Gorrays Gesellschaft lieber ist, dann allerdings.“ Joan entgegnete keine Silbe, blickte ihm nur gerade in die Augen. „Verzeihen Sie“, murmelte er beschämt, „Ich war roh!“

Blain, der sich vom Tisch entfernt hatte, kehrte jetzt mit Browne zurück. „Um Gotteswillen, was fehlt Ihnen?“ schrie Joan, als sie sein kalkweißes Gesicht wahrte.

„Blain hat recht gehabt. Bedingungslose Einstellung des Streiks!“ Stöhnend ließ er sich auf den nächsten Stuhl fallen und vergrub den Kopf in den Händen. „Was wird aus unseren Leuten hier!...“

„Verdammt!“ Der Fluch kam von Anthonys Lippen.

Joan stand langsam auf, rückte sich einen Stuhl neben Browne.

„Hören Sie, Harry. Jetzt heißt es, schnell zu handeln. Wir müssen die Arbeiter zusammenrufen; wir müssen sie verpflichten, die Arbeit nur unter der Bedingung, daß alle wieder eingestellt werden, aufzunehmen. Keine Maßregelungen! Alle oder keiner!“

„Ihre Geist erschienen das Bild des alten Technikers — er sollte nicht um die kärgliche Altersrente gebracht werden.“

Browne zuckte zweifelnd die Achsel. „Weiß ich, ob wir's durchkriegen? Erwogen habe ich es auch.“ Aber Joans Optimismus wirkte ansteckend. „Gut denn, kommen Sie mit. Ich werde die Versammlung ausklingeln lassen.“

Dies war unnötig. Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer, und am Abend erwies sich der vom Stadtkommissar zur Verfügung gestellte Rathssaal als viel zu klein. Draußen auf dem Marktplatz standen schwarze kompakte Massen.

„Habt Ihr einen Lantsprecher?“ fragte Joan, die für alles Rat wußte. „Dann halten wir unsere Ansprache vom Balkon des Oberbürgermeisters.“

„Nur einen Schalltrichter, den die Polizei bei ihren Sportkämpfen zu benutzen pflegt.“

„Her damit!“

Gerald Blains Stimme trug am weitesten. Neue Kraft schien seinen übermüdeten Körper zu straffen. Die kurzen, knappen Sätze, die er in den Trichter brüllte, schallten bis in die letzten Reihen.

„Die Front darf nicht durchbrochen werden. Zusammen seid ihr in den Streik getreten — zusammen geht ihr zur Arbeit zurück. Jeder hier gelobt, sich nur zur Arbeit zu melden, wenn alle wieder eingestellt werden. Die Hände hoch als Gelübde!“

Ein Wald von Händen schoß zum Nachthimmel empor — nicht eine blieb unten; Blain hatte dem pantkartigen Zurückströmen in die Werkstätten einen Riegel vorgeschoben. Das junge Mädchen atmete tief auf. Welch eine Kraft mußte in ihm gesteckt haben, bevor der Krieg ihn zum Krüppel machte! „Er ist der Mann, den ich in Gefahr neben mir haben möchte“, flüsterte Harry Browne, als hätte er ihre Gedanken erraten. „Ihr anderer Freund? Nett, King — alles zugegeben; aber zu sehr darauf bedacht, bei der ersten Friedensbotschaft nach seinen Fleischtöpfen heimzukehren!“

„Pfui, das ist ein abscheulich ungerechtes Urteil!“

Doch die hitzige Verteidigung focht Browne nicht an.

„Blain hat vor Schmerzen in seinen alten Wunden keine Nacht geschlafen“, erklärte er, „und trotzdem kam es ihm nicht in den Sinn, uns allein arbeiten zu lassen.“

„Red Joan“ aber war es bestimmt, in Kellsall zu bleiben.

„Ich kaufte den Wagen für den Streik“, meinte Dacre am folgenden Tage zu Harry Browne. „Verkaufen Sie ihn jetzt, nachdem alles vorüber ist, und verwenden Sie den Erlös für jemanden, der in Not geriet.“

Als sie in Mary Mauds Limousine von dannen fuhren, blickte Joan zurück zu dem jungen Mann, der auf der Treppe des Gewerkschaftshauses stand. Gestern noch hatte er die ganze Stadt gelenkt; eine Woche lang hatte er sich als ausgezeichnete Organisator erwiesen, sich großer Tage würdig gezeigt. Und jetzt? Heute mußte er glücklich sein, wenn man ihn mit fünfundsiebzig Schilling wöchentlich wieder einstellte. Und wenn er als Opfer auf der Straße blie? ... Einer mehr in dem Heer der verzweifelt nach Arbeit Suchenden.

„Wir müssen etwas für Harry Browne tun, wenn er nicht unterkommt“, sagte Joan mit gepreßter Stimme zu Anthony, der neben ihr auf dem Rücksitz des Wagens saß.

„Natürlich. Ich will mich gern für ihn bemühen.“ Und Dacre legte seinen Arm um sie, streifte mit seiner Lippe ihre Stirn und glaubte, da sie den Kopf still gegen seine Schulter lehnte, daß sie sein Liebeswerben beantwortete, während Joan Craig in Wirklichkeit an die Hunderte von Harry Brownes dachte, die der Streik stranden lassen und für die niemand sorgen würde.

Blain setzte die beiden vor Mary Mauds Haustür ab. Er hatte auf der vierstündigen Fahrt nicht ein halbes Dutzend Sätze gesprochen und weigerte sich auch, mit hinaufzukommen und Miss Meadows zu begrüßen.

„Im Augenblick mag ich überhaupt keinen Menschen sehen, Joan. Ich werde gelegentlich sarafen.“ Und schon fuhr der Wagen weiter.

Mary Maud empfing sie mit offenen Armen. „Endlich seid ihr zurück, meine Lieben! Nun werde ich wenigstens erfahren, was tatsächlich los ist. Geht der Streik weiter, oder ist er zu Ende? Und wie steht es mit den Borgleuten?“

„Langsam, langsam!“ lachte Dacre. „Nicht alles auf einmal!“

Sie sah sofort, daß er aufgeräumt und glücklich, das junge Mädchen hingegen nachdenklich und abgepannt war. Doch als sie sich am Kamin niederließen, duldete Joan, daß er ihre Hand in die seine nahm und zärtlich strolchelte.

„Demnach sind sie sich sehr nahegekommen“, überlegte Mary Maud, während sie Getränke herbeiholte; denn diese gastfreie Frau konnte einen Besuch auch nicht fünf Minuten im Hause haben, ohne ihm irgend etwas anzubieten. Dacre war es, und nicht Joan, der über die letzten Tage Bericht erstattete.

„Blain hielt sich vorzüglich“, schloß er. „Ehrlich gesagt, das hätte ich ihm nicht zugestrahlt. Er könnte noch eine große Rolle in der Arbeiterbewegung spielen.“

Aber mir scheint, Joan schaut sich nach ihrem Bett. Da will ich lieber verschwinden.“

„Wohin?“ fragte Mary Maud mit einem unsicheren Kleinen Lächeln.

„Nach Hause natürlich. Darf ich mal telefonieren? Ich will Helen von meinem Kommen unterrichten.“

„Aber... aber nach allem...“ Zum erstenmal an diesem Abend machte Joan eine Bemerkung.

„Liebes Herz, der Streik ist vorüber, und ich muß aus hundertlei Gründen Helen bei guter Laune halten.“

Soll man nach der Mahlzeit ruhen?

Die sogenannte „englische Tischzeit“, d. h. die Einnahme der Hauptmahlzeit am Abend mit einer kurzen Frühstückspause in der Mittagszeit findet auch in deutschen Büro- und Fabrikbetrieben immer mehr Eingang, da dadurch eine straffe Zusammenfassung der Arbeitszeit ermöglicht wird. Nun wurden über diese Frage zahlreiche wissenschaftliche Erfahrungen gesammelt, unter anderen von dem Gewerbemedizinrat Dr. Gerbös in Berlin. Die Gewohnheit, die Hauptmahlzeit um die Mittagszeit einzunehmen, ist sicherlich nicht nur nebensächlicher Natur, sondern entspringt einem körperlichen Bedürfnis, das allerdings besonders in Amerika und England durch die wirtschaftliche Notwendigkeit verdrängt wird. Bei uns in Deutschland besteht diese Hetze der Arbeit jetzt um so weniger, als Millionen Arbeitslose vorhanden sind, und man ist darum in der Lage, den gesundheitlichen Anforderungen des Körpers Rechnung zu tragen, wenn die „englische Tischzeit“ Nachteile bringt. Nach Gesetzen, die wir noch nicht kennen, ist der menschliche Körper um die Mittagsstunden in auffälliger Weise nicht so leistungsfähig wie am Vormittag und am Nachmittag. Daraus geht klar hervor, daß es sich um einen zwangsläufigen Einschnitt im täglichen Leben der Menschen handelt, der eine Erneuerung der körperlichen Kräfte erforderlich macht. Es ist also durchaus kein Zufall, daß die meisten Menschen gerade um die Mittagsstunden ihre Hauptmahlzeit einnehmen, denn der Mensch hat aus seiner praktischen Erfahrung heraus erkannt, daß er um diese Zeit eine kräftige Nahrungsaufnahme nötig hat, um seine Arbeitsmöglichkeit zu stärken. Die Hauptmahlzeit muß also auch für alle Werkstätten auf diese Tageszeit fallen. Jedenfalls verlangt der Körper eine kräftige Mahlzeit, die durch das landläufige Frühstück nicht ersetzt wird. Besonders bei der Frage der Fabrikspeisung der Arbeiter spielen diese Forschungsergebnisse eine erhebliche Rolle, denn es ergibt sich daraus, daß die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen durch ein gutes Mittagsbrot stark gefördert werden, daß also die Unternehmer im Falle der Fabrikpeisung die Pflicht haben, auch für die kräftige Ernährung ihrer Beschäftigten zu sorgen. Eine

Des jungen Mädchens Wangen färbten sich dunkelrot. Doch unbeirrt ließ er sich mit seiner Wohnung verbinden.

„Hallo, Helen? ... Ich bin eben wieder gelandet... Jawohl, ich komme... In fünf Minuten bin ich dort.“

Joan rührte sich nicht aus ihrem großen Sessel, als er Mary Maud gute Nacht wünschte, rührte sich auch nicht, als er sich zu ihr hinabbeugte. Und auf seine Frage, ob er morgen früh sich nach ihr umsehen dürfe, nickte sie mit einem matten Lächeln.

Nach seinem Weggange saßen die beiden Frauen sich wortlos gegenüber. Mary Maud gehörte zu den seltenen Menschen, die auch schweigend ihr Mitgefühl auszudrücken vermögen und nicht mit Fragen quälen...

Sehr eilig hatte es Anthony Dacre nicht heimzukommen. Mit jedem Schritt, der ihn seinem Hause näher brachte, wuchs ein Gefühl der Unbehaglichkeit. Während der fünfzehn Jahre ehelichen Lebens hatte sich in ihm eine fast krankhafte Scheu entwickelt, die geringfügigste persönliche Angelegenheit mit Helen zu erörtern, und er verhehlte sich nicht, daß dies jetzt nicht zu umgehen war. Wie konnte er Helen am besten fassen? ... Da er sie aber unbedingt überreden mußte, ruhig in die Scheidung zu willigen, wäre es auf jeden Fall höchst töricht gewesen, den Feldzug mit Vorwürfen über ihre Betätigung bei der Nothilfe zu beginnen.

Vor seiner Haustür blieb er stehen und betrachtete grüblerisch die sich schwarz vom Nachthimmel abhebenden Türme des Hotels Imperial.

Knapp vierzehn Tage waren erst verstrichen, seit er zum erstenmal diesem jungen Mädchen aus dem Norden begegnete, und dennoch gedachte er um ihrerwillen mit den Gewohnheiten von fünfzehn Jahren zu brechen, sich in etwas zu stürzen, das er mehr als alles andere fürchtete: einen offenen Kampf mit seiner Frau. Aber Joan war es wert. Sie hatte ihn, der nur davon wußte, am Schreibtisch seine geistreichen, zynischen Geschichten abzufellen, und jede, auch die kleinste Entscheidung im täglichen Leben seiner Frau überließ, dazu gebracht, sich an diesem grimmeren Klassenkampf zu beteiligen. Tag und Nacht am Steuer zu sitzen, ein hartes Dasein zu führen, in großen Versammlungen zu reden, er hatte sich schmutzig und müde in Kellsall nach Londoner Behaglichkeit gesehnt, doch als er jetzt im Schimmer des Mondlichtes auf dem Russel Square stand, fühlte er, daß er nicht zurückfinden konnte zu der alten sächlichen Existenz, zu den exklusiven Kreisen der Literaten und schöngelustigen Kunstbesessenen. In diesem Jahre wurde er vierzig. Bald waren sie beide, Helen und er, das übliche ältere Ehepaar, das einander auf die Nerven fiel, jedoch zusammenblieb, weil niemand sonst die Liebe des einen oder anderen begehrte. Und so bedeutete Joan für Anthony Dacre mehr als nur eine Frau, in die er sich jah und heftig verliebt hatte. — Joan war die Jugend, echtes Leben, Wirklichkeit, ein begeisterndes, mitfortreibendes Element, das seine frühere weichwattierte Welt nicht allein zahn, sondern geradezu fadenscheinig erscheinen ließ. Wenn Joan einwilligte, ihm auch ohne formelle Scheidung anzugehen, konnte alles ohne viel Lärm, ohne Aufsehen geordnet werden. Aber was sie bestimmte, mußte geschehen. Kein Preis war zu hoch für ihre Liebe und ihren Besitz. (Fortsetzung folgt.)

Die Furcht vor der Ehe

Die Heiratshäufigkeit im Deutschen Reich wird durch die Wirtschaftskrise unterschieden beeinflusst. Im Jahre 1931 wurden insgesamt 515 411 Ehen geschlossen, das sind rund 47 200 weniger als im Jahre 1930, 73 000 weniger als im Durchschnitt von 1928/29, und rund 94 000 weniger, als nach der Zahl der Heiratsalter stehenden Männer zu erwarten war. Einschließlich des Jahres 1930 beläuft sich der durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise verursachte Ausfall an Eheschließungen bis jetzt auf insgesamt 134 000. Alle Momente herbedrückend, dürfte die Zahl der Haushaltsneugründungen sich gegenwärtig um über 200 000 im Rückstand befinden. Dementsprechend ist auch die Geburtenhäufigkeit ständig gesunken. Im Jahresdurchschnitt 1931 erreicht die auf 1000 der Gesamtbevölkerung berechnete Lebendgeborenenziffer nur noch 16,0 gegenüber 17,5 im Jahre 1930, 17,9 im Jahre 1929 und 26,9 im Jahre 1913. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer bei den gebärfähigen Mädchen und Frauen betrug 1931 (1913 gleich 100) 53. Auch die Geburtenhäufigkeit wird durch die Lebenslage in der Krise sehr beeinflusst. Mit dem Ergebnis von 1931 dürfte Deutschland die niedrigste Geburtenziffer der Welt erreicht haben. Wenn man den Rückgang der Eheschließungen und der Geburtenziffern als ernstes Problem für Volk und Staat erkennt, so muß man um die Verkürzung dieser furchtbaren Krise bemüht sein. Wenn es schwer ist, sich selbst durchs Leben zu bringen, wird niemand daran denken, einen neuen Hausstand zu gründen.

Dr. med. Karl Ehlers.

Milchzusatz zum schwarzen Kaffee

bewirkt eine Herabsetzung der Koffeinwirkung. Das kann nicht durch bloße Verdünnung geschehen — dazu ist der Milchzusatz zu gering im Verhältnis zur Kaffeemenge —, sondern es ist, wie Prof. Stärkenin vom pharmakologischen Institut der deutschen Universität, Prag ausführte, anzunehmen, daß die Kaffeegerbsäure mit den Eiweißkörpern der Milch schwer lösliche, schwer resorbierbare Verbindungen eingeht, wodurch die Resorption des Koffeins verzögert wird. Es wird also durch die Zugabe von Milch nie eine derartige Konzentration im Organismus erreicht, wie sie durch schwarzen Kaffee allein zustande kommt.

Die verkannte Diphtheriespritze

Das vierjährige Elschen ist an Diphtherie erkrankt und soll eine Einspritzung von Diphtherieserum erhalten. Während die Spritze ausgeköchelt wird, schläft das Kind ein. Mit großer Vorsicht gelingt es mir, die Injektion zu machen, ohne daß das Kind erwacht; nur ein leises Seufzen ist seine Antwort. Als es eine halbe Stunde später erwacht, spürt es bei einer Bewegung des Beins einen Schmerz, und plötzlich geht sein Angstschrei durch das Zimmer: „Mama, Mama, der Storch hat mich ins Bein gebissen!“

Zunahme der Fehlschwangerschaften

Die Fehlschwangerschaften, die für das Leben der Frau eine schwere Gefahr bedeuten, haben in der letzten Zeit eine beträchtliche Zunahme erfahren, und es ist deshalb an der Zeit, nach den Ursachen dafür zu fragen und die Frauen darüber aufzuklären. Die Fehlschwangerschaft ist eine scheinbar natürliche Erscheinung, die von den Frauen überhaupt nicht erkannt wird und ganz plötzlich zu schweren Blutungen führt, die in kurzer Zeit den Tod bringen, falls nicht der rechtzeitige Zugriff des Operateurs die Frau rettet. Eine Fehlschwangerschaft entsteht dadurch, daß das befruchtete Ei sich nicht in der Gebärmutter entwickelt, sondern am Eierstock oder Eileiter ansiedelt. Dadurch wird nicht nur das werdende Kind, sondern oft genug auch die Mutter zum Untergang bestimmt, denn gerade die Fähigkeit, ungeheure Gefäßwucherungen zu bilden, macht es der Gebärmutter möglich, ein Kind mit Blut zu versorgen. Kein anderes Organ kann diese Dienste leisten, der Eierstock und Eileiter gewiß nicht. Hier zerreißen vielmehr über kurz oder lang die Gefäße, wodurch die lebensbedrohende Blutung entsteht. Dr. Stiehe list den Ursachen dieser

wesentliche Rolle spielt auch die Ruhezeit, die der Mensch nach der Mahlzeit zur Verfügung hat. Es wurde festgestellt, daß eine warme Mittagsmahlzeit nur dann ihre günstige Wirkung ausübt, wenn ihr eine angemessene Ruhezeit folgt. Bei Beginn der Verdauungstätigkeit wird durch die Nahrungsaufnahme eine Blutüberfüllung der Eingeweide und damit eine relative Blutleerung des Gehirns hervorgerufen. Diese Erfahrung hat schon jeder Mensch an sich selbst gemacht, denn er wird nach dem Essen müde. Der Körper deutet eben damit an, daß er der Ruhe bedarf, um die aufgenommene Nahrung sachgemäß verarbeiten zu können. Wenn nun kurze Zeit nach der Mahlzeit die Arbeit wieder beginnt, dann wird eine Willensanstrengung ausgelöst, die die Verdauung günstige physiologische Blutverteilung unterbricht. Es wird also die Verdauungstätigkeit gestört und ein Teil des Zweckes der Nahrungsaufnahme unwirksam gemacht. Versuche ergaben, daß zu einer günstigen Verarbeitung der Nahrung eine Mindestpause von einer Stunde Ruhezeit erforderlich ist, sobald die Speisung an der Stelle der Arbeit oder in ihrer nächsten Nähe erfolgt. Sonst ist sogar noch eine etwas längere Zeit notwendig. Dies gilt nicht nur für männliche und weibliche Angestellte des Büros und der Fabriken, sondern allgemein, auch für die Hausfrauen, die oft genug in falkem Arbeitseifer schon wenige Minuten nach der Mittagsmahlzeit aufs neue an ihre häusliche Beschäftigung gehen. Dies bedeutet ein Raubbau an Kraft und Gesundheit und rächt sich über kurz oder lang durch eine geringere Leistungsfähigkeit. Da sich besonders bei den Millionen von Angestellten aller Art sowohl in den Büros als in den Fabriken in letzter Zeit die Neigung stark bemerkbar macht, die Ruhepausen möglichst kurz zu gestalten und dadurch ein beschleunigtes Ende des Arbeitstages herbeizuführen, so ist der Hinweis auf diese ungünstigen gesundheitlichen Folgen für die Volksgesundheit von größter Wichtigkeit. Einige große Geschäfte und Unternehmungen haben bereits diesem Umstände Rechnung getragen, indem sie große luftige Ruheräume auf sonigen Dachgärten oder in großen sonnigen Sälen einrichteten, um ihren Angestellten die Möglichkeit einer längeren Erholung nach der warmen Mahlzeit zu gewähren.